Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 34. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 21. Januar 1868.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 20. Januar.

32. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministertisch Frhr. v. d. Heydt, Graf zu Eulenburg und v. Selchow mit mehreren Commissarien.

Die Vorberathung des Etats des Ministeriums war bei der Abstimmung über die Ausgaben für die Landdrosteien in der Provinz Hannover stehen geblieben. Diese Ausgaben sind in Tit. 10—12 in den folgenden 3 Positionen ausgeführt: für Besoldungen 75,200 Thlr., für Dienstaufwands-Entschädigungen 30,600 Thlr., für außerordentliche Remunerationen 12,950 Thaler. Der Präsident faßt diese 3 Positionen zusammen und läßt darüber abstimmen, ob sie nach Maßgabe des Etats in der Form, wie die Regierung sie fordert, bewilligt werden. Das Haus erklärt sich in namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 154 Stimmen dagegen, woraus folgt, daß die genannten Summen dem Antrage Twesten's gemäß als Pauschquantum bewilligt werden.

Sodann wird über die Forderung für die landräthlichen Behörden und Aemter abgestimmt, die ebenfalls in den Tit. 10—12 als Besoldungen, Entschädigungen und Remunerationen mit 1,171,778 Thlr. 29⅓ Sgr., resp. 548,569 Thlr. und 18,500 Thlr. aufgeführt sind. In diesen Ziffern liegt der Aufwand für die Aemter in der Provinz Hannover mit eingeschlossen. Das Haus lehnt folgerecht und in Uebereinstimmung mit seinem früherem Votum die Forderung in dieser Form ab und bewilligt die Summen für die landräthlichen Behörden getrennt und ausgeschieden von denen für die Aemter in Hannover, alsdann die letzteren dem Antrage von Vincke's gemäß als Pauschquantum mit 561,220 Thlr.

Nunmehr kann über die bekannten Resolutionen allgemeineren Inhalts abgestimmt werden. Abg. Aegidi zieht die seinige im Vertrauen auf den Sieg der in ihr ausgedrückten Ideen zurück, die der Abgg. Solger und v. Goßler werden angenommen, die erstere, wie die Zählung ergiebt, mit 186 gegen 175 Stimmen. Sie lautet: die Regierung aufzufordern, eine vollständige Reorganisation der gesammten inneren Verwaltung, insoweit sie gegenwärtig zum Geschäftskreis der Regierungen gehört, in Uebereinstimmung mit den für eine neue Ordnung der Gemeinde, Kreis- und Provinzial-Verfassungen zu erlassenden und bereits theilweise in Aussicht gestellten Gesetzen baldmöglichst herbeizuführen und in der nächsten Sitzungs-Periode des Landtags die desfallsigen Gesetze vorzulegen.

Die Resolution v. Goßler lautet: die Regierung zu ersuchen, bei der Anfstellung der Etats der nächsten Jahre die Verwaltungs-Beamten der Tit. 10 bis 12 gedachten Kategorien in allen Theilen des Staates mit einem entsprechend gleichen Gehalte, unter Fortfall der Bevorzugung einzelner Provinzen des Staates zu dotiren und dabei auf eine dem Bedürfnisse entsprechende Erhöhung des Einkommens der zu gering besoldeten Stellen Bedacht zu nehmen.

Angenommen wird ferner der Antrag Hoffmann: die Regierung wird ersucht, künftig das Gehalt der Kreis-Secretäre (500—700) dem der Büreaubeamten der Bezirks-Regierungen (600 bis 1000 Thlr.) gleichzustellen und den Durchschnittssatz allgemein in Anwendung zu bringen.

Desgleichen der Antrag Braun (Wiesbaden): die Regierung zur Vereinfachung der Local-Verwaltungsstellen im Regierungsbezirke Wiesbaden und zur Verminderung des Personals und der Kosten dafür aufzufordern.

Desgleichen die Resolution v. Pommer-Esche: die Erwartung auszusprechen, die Regierung werde dafür Sorge tragen, daß durch Verminderung der Zahl der Staatsbeamten in der Provinz Hannover die Kosten der Verwaltung derselben allmälig verringert werden.

Die Vorberathung wendet sich nunmehr der Polizei-Verwaltung zu und zwar zunächst dem Tit. 13 Local-Polizei-Behörden. 1. In den Provinzen: an Besoldungen 436,779 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf.

Zu dieser Position liegen drei Anträge vor:

1) v. Bening: die Regierung aufzufordern, die königlichen Polizei-Verwaltungen in den Städten der Provinz Hannover: Hildesheim, Osnabrück, Göttingen, Harburg, Stade, Celle und Emden nach vorgängiger Verhandlung mit den Städten, soweit solche nicht schon erfolgt ist, aufzuheben.

2) Grumbrecht: Zahlreiche Reductionen im Personal und in den Gehältern der Polizeiverwaltungen in der Provinz Hannover vorzunehmen, die im Bening'schen Antrage genannten Posten als künftig wegfallend zu bezeichnen, endlich 18,365 Thlr. für Celle, Osnabrück, Emden und Hildesheim zu streichen, dafür aber zur einstweiligen Fortführung der Polizei-Verwaltung in Stade 4000 Thlr. als Pauschquantum zu bewilligen.

3) v. Hennig: Dem Polizei-Präsidenten in Frankfurt a. M. statt 4000 nur 2600 Thlr. zu bewilligen, indem die Lokalzulage von 1400 Thlrn. wegfallen soll.

Abg. Bening: Gegenwärtig mag wegen der besonderen Verhältnisse in Hannover eine größere Anzahl königlicher Polizeiverwaltungen noch nöthig sein, diese Verhältnisse werden aber in Zukunft wegfallen. Wie ich höre, beabsichtigt auch die Regierung, in Hildesheim, Osnabrück, Stade und Emden ihre Polizeiverwaltungen eingehen zu lassen. Doch sprechen dieselben Gründe auch für diese Aufhebung in Göttingen, Harburg und Celle; die königliche Polizeiverwaltung ist theurer und führt außerdem zu Conflicten mit den städtischen Behörden. Redner erwähnt außerdem die Momente, die speciell bei diesen Städten eine städtische Polizei als wünschenswerth erscheinen lassen und giebt schließlich zur Erwägung, ob nicht auch in Hanau, Fulda, Marburg, Wiesbaden die königliche Polizeiverwaltung zu beseitigen sei.

Reg.-Commissar v. Kehler: Die königl. Polizeiverwaltungen in Osnabrück, Emden und Hildesheim sind seit dem 1. Januar eingegangen und die Staatsregierung ist damit einverstanden, die im Etat für diese ausgesetzten Posten in Einnahme wie Ausgabe zu streichen; für Stade schweben die Verhandlungen noch. Die übrigen vom Vorredner genannten Städte müssen nach der Ansicht der Staatsregierung die königl. Polizeiverwaltung wegen der besonderen dort obwaltenden Verhältnisse, für die nächste Zeit wenigstens, noch dauernd beibehalten.

Abg. Grumbrecht befürwortet seine Anträge mit dem Hinweis auf die früheren Kosten der hannoverschen Polizei und der Vergleichung mit den Kosten in den alten Landestheilen. „Daß alle diese Ausgaben als „künftig wegfallend" bezeichnet werden sollen, ist eine nothwendige Consequenz des Bening'schen Antrages. Endlich scheint es mir unzweifelhaft, daß, nachdem heute mit dem Antrage v. Vincke die gesammten Kosten der Regierungs-Behörden in Hannover nur als Pauschquantum bewilligt worden sind, dies auch bei dem Etat der hannoverschen Polizeiverwaltung geschehen muß.

Reg.-Commiss. v. Kehler: Es ist gar nicht zu ermessen, wie die 7000 Thaler, die der Abg. Grumbrecht streichen will, erspart werden sollen. Denn alle im Etat aufgeführten Beamten sind zur Erledigung der Geschäfte unumgänglich nöthig und können unter keinen Umständen entbehrt werden. Die in diesem Etat hervortretende Vermehrung der Kosten der hannoverschen Polizeiverwaltung ist theilweise dadurch entstanden, daß Uebertragungen aus anderen Etats in den Etat der Polizeiverwaltung stattgefunden haben, so daß also eine eigentliche Vermehrung der Ausgaben nicht eingetreten ist.

Abg. Ellissen hebt die Vortheile städtischer Polizei-Verwaltungen vor königlichen hervor.

Abg. Virchow: Die Polizeimannschaft der Stadt Hannover kann jetzt doch jedenfalls vermindert werden, nachdem das specielle Geschäft eines gewiß großen Bruchtheiles derselben, nämlich die Bewachung des welfischen Hauses fortgefallen ist. Eine gleiche Herabsetzung der Kosten ist im Etat der Frankfurter Polizei möglich. Rügen muß ich die Beschäftigung der Polizei zur Ueberwachung der Spielhöllen, deren Fortdauer nach den neuesten Nachrichten jetzt einseitig von der Regierung beschlossen zu sein scheint. Wenigstens meldet das eine Depesche des Wolff'schen Bureaus, das wohl in der Lage ist, eine solche Mittheilung authentisch zu bringen. Ich hoffe, daß der Herr Minister des Innern reden, und daß man sich hier nicht wieder hinter den „schwebenden Charakter" der Verhandlungen verschanzen wird, als ob Herr Blanc eine auswärtige Macht ist, hinter der die rothen Hosen stehen, aus Rücksicht, für welche wieder alle möglichen Concessionen gemacht werden müssen. Eine Institution, die durch den Reichstag und das Urtheil von ganz Deutschland gebrandmarkt ist, darf nicht aufrecht erhalten werden unter dem Vorgeben, daß es sich hier um alte Rechtsansprüche handelt. Wenn die Regierung in allen Punkten so zart handelte, dann würden die Verhältnisse in Deutschland ganz anders aussehen.

Der Minister des Innern: Die Spielbankfrage ist in diesem Augenblicke noch nicht gelöst, sieht aber, wie ich hoffe, ihrer Lösung in kürzester Frist entgegen. Die Beschlüsse dieses Hauses sowohl als auch des Reichstages sind ja nicht ungehört an den Ohren der Regierung vorübergegangen. Sie stimmt mit diesen Beschlüssen insofern überein, als auch sie es für unmöglich hält, die Spielbanken so lange bestehen zu lassen, als sie concessionirt sind. Die Regierung hat kein Herz für das Institut der Spielbanken, aber ein warmes Herz für die verschiedenen Interessen, die geschaffen sind durch die Spielbanken, die man nicht mit der Wurzel ausreißen kann, ohne den Wohlstand der Einwohner zu schädigen. In das Strafgesetzbuch ist bei der Einverleibung der betreffenden Länder die Klausel eingefügt worden, worin einstweilen das Gesetz über die Hazardspiele in Homburg, Wiesbaden und Ems suspendirt wurde. Ich glaube, daß man dahin kommen muß, diese Klausel zu eliminiren; ich glaube auch, daß, wenn sie gesetzlich aus dem Strafgesetzbuch herausgebracht ist, die Banken einen rechtlichen Anspruch auf Entschädigung nicht haben. Wenn man streng dem Grundsatze: „Die Spielbanken sind schädlich", folgen wollte, so werden die Interessen vieler Leute geschädigt, die an dem Fortbestehen und Bestehen der Banken unschuldig sind. Ich brauche wohl nicht weiter auszuführen, wie die Verhältnisse jener Städte sind, daß dort ein großer Conflurus von Fremden aus allen Ländern stattfindet, daß dort Anlagen geschaffen sind, deren Vertilgung mit einem Striche nicht nur ein wesentliches Verschönerungsmittel der Städte wegschaffen, sondern die Städte selbst in ihren communalen Interessen berühren würde. Ich glaube, daß die Herren, welche dies und im Reichstage die betreffenden Beschlüsse gefaßt haben, nicht die Absicht gehabt haben, mit einem Striche den Spielbanken und diesen Städten den Garaus zu machen.

Ich meine nun, daß das ein Mittel wäre, zu einem befriedigenden Resultate zu kommen, daß man sich mit den Gesellschaften dahin vereinigt, sie noch eine Reihe von Jahren spielen zu lassen, unter der Bedingung, daß sie von ihrem jährlichen Gewinnste so viel abgeben, daß von den Zinsen dieses Capitals die Communen die Anlagen unterhalten können. Wenn Sie, m. H., die Vertreter der dortigen Gemeinde hörten, so würden Sie anerkennen, daß mit der Aufhebung der Spielbanken mit einem Striche ein wirklicher Nothstand begründet würde. Auf diesem Wege geht die Regierung. Sie verhandelt mit den Spielbanken, sie hofft in baldigst kurzer Zeit mit ihnen zum Abschluß zu kommen, sie läßt sie unter obiger Bedingung noch eine Reihe von Jahren bestehen, weil z. B. die Interessen von Homburg so eng mit den Spielbanken verknüpft sind, daß die Stadt ohne diese nicht bestehen könnte.

Abg. v. Hennig: Die letzten Worte des Herrn Ministers nöthigen mich zu entschiedenem Widerspruch. Ich habe keine Aeußerung, weder in diesem Hause noch im Reichstage gehört, die die Regierung zu der eben gehörten Auffassung berechtigen könnte. Es gab einen ganz sichern Weg, die Spielbanken zu beseitigen: überall das preußische Strafgesetzbuch ohne Ausnahme einzuführen. Das war seiner Zeit ein unzweifelhaftes Recht der Regierung, während jetzt allerdings diese Rechtsfrage nicht ganz zweifellos ist. Ich muß sagen, daß die Duldung eines derartigen Krebsschadens, eines Institutes, das basirt ist auf die Benutzung der schlechten Leidenschaften der Menschen, die Duldung von Staatswegen, wenn auch nur für einige Jahre, etwas ist, was ich nie anerkennen werde. Ich kann daher das Verhalten der Regierung nur bedauern. Die Gründe für meinen Antrag sind folgende: die Polizeipräsidenten in den übrigen größeren Städten der Monarchie, Köln, Breslau, Königsberg beziehen ein Gehalt von 1800 Thlr., nur der von Berlin 3000 Thlr.; die Regierungspräsidenten haben ein Gehalt von 3500 Thlr., der Appellationsgerichts-Präsident in Frankfurt a. M. 4000 Gulden; die ehemaligen Senatoren in Frankfurt erhielten bis 1857 2400, von da an 4000 Gulden, der Oberbürgermeister hatte eine Zulage von 600 Gulden. Wenn Sie diese Zahlen zusammenstellen, so werden Sie mir zugeben, daß die Besoldung des Polizeipräsidenten mit 4000 Thlr. = 7000 Gulden als eine ungeheure Höhe erscheint. Frankfurt ist allerdings eine sehr theure Stadt, aber ich glaube doch nicht, daß das Leben dort theurer sein wird als hier in Berlin. Es ist doch sehr übel, wenn man einen Beamten so stellt, daß er in die nächst höher rangirten Aemter gar nicht einrücken kann, weil er bereits ein höheres Gehalt gehabt hat. Soll mit dem Aufrücken eine Gehaltsverbesserung verbunden sein, so kann dieser Polizeipräsident nur Ministerialdirector oder Oberpräsident werden. Berücksichtigt man außerdem die im Verhältniß zu anderen Städten der Monarchie ganz ungeheuren hohen Kosten der Polizei der Stadt Frankfurt, so haben wir um so dringendere Veranlassung, hier wenigstens zu sparen.

Reg.-Commissar v. Kehler: Der Polizei-Präsident in Frankfurt bezieht nur ein Gehalt von 1800 Thalern, daneben 800 Thaler für das Nebenamt als Landrath, das er bekleidet. Was ihm außerdem bewilligt ist — 1400 Thaler — ist nur eine Localzulage, welche wegfällt, sobald er in eine andere Stellung und in eine andere Stadt versetzt wird. Außerdem hat er keine Dienstwohnung, was bei den anderen Polizei-Präsidenten der Fall ist, wenn sie nicht eine besondere Miethsentschädigung dafür erhalten.

Abg. Bening wendet sich gegen den Antrag Grumbrecht, die Kosten der königlichen Polizeiverwaltung in den oben erwähnten hannoverschen Städten als „künftig wegfallend" zu bezeichnen. Wenn die königliche Polizei dort aufgehoben wird, so fallen die Ausgaben dafür ganz von selber weg; für diesen Fall braucht man also diese Bezeichnung nicht. Dieselbe wird aber unannehmbar, weil man damit gewöhnlich den Sinn verbindet, daß jede so bezeichnete Stelle, sobald sie erledigt, nicht wieder besetzt werden darf, und dies eventuell zu großen Unzuträglichkeiten führen kann.

Der Minister des Innern: Frankfurt ist der theuerste Ort in der ganzen Monarchie und es existirt dort keine andere Verwaltungsbehörde, als der Polizeipräsident, in dem sich also die Repräsentation der ganzen preußischen Verwaltungsbehörde concentrirt. Wenn ich diesen Beamten nicht angemessen dotire, so finde ich Niemand, der diesen Posten übernimmt; denn ich kann da keinen, der zwar ein guter Polizist, aber sonst eine subalterne Natur ist, hinschicken. Die von dem Abg. v. Hennig berührte Versetzungsschwierigkeit erledigt sich dadurch, daß der Posten, der das Gehalt zu dieser Höhe bringt, als Localzulage aufgeführt ist. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Gehälter der übrigen Polizeipräsidenten meiner Ansicht nach viel zu gering sind.

Abg. Dr. Waldeck: Ich muß auf die Spielbanken zurückkommen. Ich sehe nicht ein, wie irgend welches Lokalinteresse uns veranlassen oder berechtigen könnte, diese Institute auch nur einen Augenblick beizubehalten. Wie kann man von berechtigten Interessen reden grade bei solchen Städten, die ihre Lebensfähigkeit in einem unmoralischen Institute finden. Ich hätte gewünscht, daß unser Strafgesetzbuch nicht ohne vorherige Revision in die neuen Provinzen eingeführt wäre, aber da dies einmal geschehen ist, warum hat man dabei einen nützlichen und guten Paragraphen, der das Spiel verbietet, gerade für diese Orte suspendirt? Diese Frage ist vorläufig sehr berechtigt. Der Herr Minister sagt, wenn diese Suspension der betreffenden Paragraphen nicht in diesen Orten Gesetz wäre, so würden damit die Unternehmer der Spielbanken gar kein Recht mehr haben. Nun, meine Herren, das ist eine Verhandlung, die in unserer Macht steht. Ich fordere also die kgl. Regierung hiermit auf, einen solchen Gesetzentwurf, der die Suspension des Verbots des Hazardspiels aufhebt, hier einzubringen. Das Haus würde im anderen Falle Veranlassung haben, von seiner Initiative Gebrauch zu machen. Dieser Entwurf kann in kürzester Zeit auf dem Wege der Schlußberathung hier und im Herrenhause erledigt werden, und damit fällt jeder weitere Vorwand weg.

Der Minister des Innern: Ich kann dieser Aufforderung des Abg. Waldeck nicht genügen. Die königl. Regierung wird einen solchen Gesetz-Entwurf einbringen, wenn sie glaubt, daß es opportun ist, wenn also irgend eine der Spielgesellschaften auf die Bedingungen, die die Regierung ihr vorlegt, nicht eingehen will. Dann wird die Regierung einen Gesetz-Entwurf in der Form und der Zeit einbringen, wie sie es für angemessen hält.

Abg. v. Hennig: Blos der Berliner Polizeipräsident hat freie Wohnung; die Miethsentschädigungen der anderen Polizeipräsidenten sind sehr gering, die Zulage des Frankfurter Präsidenten steht damit ganz außer Verhältniß. Der Grund, daß derselbe so zu sagen den preußischen Staat repräsentiren soll, ist für uns durchaus nicht maßgebend.

Reg.-Commissar v. Kehler: Alle diejenigen Polizeipräsidenten, die nicht eine Amtswohnung haben, erhalten neben ihrem Gehalte noch 5 pCt. desselben als Miethsentschädigung.

Abg. Kugler: Ein Privatmann kann wohl mit 3000 Gulden recht gut auskommen, lebt jedoch ein Beamter in einer Stellung, die an Repräsentationskosten einen großen Theil des Gehalts in Anspruch nimmt, so muß man einen andern Maßstab anlegen; da außerdem das Leben in Frankfurt a. M. außerordentlich theuer ist, so halte ich das im Etat ausgeworfene Gehalt für den dortigen Polizeipräsidenten nicht für zu hoch.

Es kommt zur Abstimmung: zuerst darüber, ob für die Polizei in der Stadt Hannover 57,000 Thlr., wie der Etat verlangt, oder nur 50,000 Thlr. bewilligt werden, wie Grumbrecht beantragt. Die Forderung der Regierung wird, wie die Zählung ergiebt, zuerst mit 163 gegen 161 Stimmen und dann in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 175 Stimmen abgelehnt, mithin sind nur 50,000 Thlr. bewilligt.

Die 8070 Thlr. für die Polizei der Stadt Göttingen werden ebenfalls nicht pure bewilligt, indem statt 1400 Thlr. für die commissarische Verwaltung der Polizei-Directorstelle nach Grumbrecht nur 600 Thlr. bewilligt werden (und zwar ergiebt die Zählung 166 gegen 166 Stimmen, ein Resultat, das nach der Geschäftsordnung so viel bedeutet, als die Verwerfung der zur Abstimmung gebrachten Regierungsforderung); ferner werden statt 14,000 Thlr. für zwei Polizeischreiber in Göttingen nach Grumbrecht nur 975 und zwar als künftig wegfallend bewilligt.

Für die commissarische Verwaltung der Polizeidirection in Celle werden nach Grumbrecht 600 Thlr. statt 1400 bewilligt, wie die Zählung ergiebt, mit 178 gegen 166 Stimmen, und nur ein Polizeischreiber mit 550 Thlr. statt der geforderten 975 Thlr.

Desgleichen werden für Harburg statt 1600 Thlr. für den Polizeidirector nur 600 Thlr. für die commissarische Verwaltung der Polizeidirectorstelle, statt 975 Thlr. nur 550 Thlr. für einen Polizeischreiber bewilligt und 275 Thlr. für einen Boten abgesetzt. Die gesammten Ausgaben für die Polizei-Verwaltungen in Göttingen, Celle und Harburg werden nach Grumbrecht als künftig wegfallend bezeichnet und für die einstweilige Fortführung der Polizeiverwaltung in Stade 3822 Thlr. bewilligt. — Der Antrag Bening wird angenommen.

Dagegen wird das volle Gehalt für die Polizei-Präsidenten in Frankfurt a. M. mit 4000 Thlr. genehmigt und der Antrag v. Hennig's abgelehnt.

Die Discussion wendet sich den Ausgaben für den Polizei-Verwaltung in Berlin zu: 604,828 Thlr., um 117,688 Thlr. mehr als im vorigen Jahre. Dies Mehr entsteht vornehmlich durch Bildung drei neuer Reviere, des 44., 45. und 46., welche 3 Polizei-Lieutenants, 6 Wachtmeister und 60 Schutzmänner zu Fuß erfordern. Ferner mußte die Zahl der Criminal-Polizei-Lieutenants von 8 (so viel hatte Berlin schon 1851 mit circa 431,000 Einwohnern) auf 11 vermehrt werden. Zur Bestreitung gewisser Auslagen der Criminal-Polizei-Beamten, die sich Civilkleider beschaffen, in Wirthshäusern leben und so zu sagen repräsentiren müssen, und ähnlicher Auslagen der bei der Sittenpolizei commandirten Wachtmeister und Schutzmänner werden 4680 Thlr. verlangt.

Die Executiv-Polizei Berlins verfügt gegenwärtig über 10 Hauptleute, 73 Lieutenants (darunter 4 in den Umgebungen Berlins, 12 für den ambulanten Dienst auf Bahnhöfen und Märkten, 1 Leichencommissarius, 11 für die Criminalpolizei), 112 Wachtmeister, 958 berittene und unberittene Schutzmänner. — Es nimmt hierzu das Wort der

Abg. v. Kirchmann: Es ist nicht sowohl meine Absicht, gegen die beantragte Erhöhung des Etats zu sprechen, als bei dieser Gelegenheit diejenigen Mängel in der Organisation der Berliner Polizei-Verwaltung hervorzuheben, die einer Verbesserung dringend bedürftig sind und die ich in früherer Zeit, wo ich als Staatsanwalt zwei Jahre lang täglich mit der Criminalpolizei in Verbindung stand, kennen zu lernen Gelegenheit hatte. Die Sicherheit Berlins hat sich in den letzten 10 Jahren erheblich verschlechtert; nicht nur, daß die Verbrechen gegen das Leben und Eigenthum sich in größerem Maße vermehrt haben als die Bevölkerung selbst, es geschieht auch viel seltener, den Thäter zu ermitteln und nur in wenigen Fällen gelingt es, gestohlene Sachen wieder zu erlangen. Es ist kaum noch möglich, den Boden und Keller anders als zur Aufbewahrung von Brennmaterial zu benutzen, denn ebenso wie von dem ersteren die Wäsche, pflegt aus dem letzteren der Wein bald spurlos zu verschwinden. (Heiterkeit.) Die natürliche Folge dieser Unsicherheit ist ein Mißtrauen, das man in die Erfolge der polizeilichen Recherchen setzt, deshalb wird ein großer Theil der Fälle gar nicht mehr zur Anzeige gebracht, und es ist fast allgemein geworden, daß sich mehrere Hauseigenthümer zusammen ihren eigenen Privatwächter halten.

Anständige Frauen können bei einbrechender Dunkelheit ohne männliche Begleitung sich nicht in den Thiergarten oder auf die Straßen wagen, ohne Gefahr zu laufen, sich der insolentesten Behandlung auszusetzen, und doch lehrt das Beispiel Dresdens, daß ein derartiger Uebelstand nicht die nothwendige Folge einer großen Stadt ist. Die Entschuldigung, daß der Vorwurf nicht weniger die Justiz treffe, welche in ihren Verurtheilungen nicht streng genug verfahre, mag vielleicht früher zutreffend gewesen sein, seit Einführung des mündlichen Verfahrens ist sie es nicht mehr. Es folgt hieraus, daß der Grund in irgend einem Mangel der Polizeibehörden liegen muß, und hierher rechne ich zunächst die Trennung der Revier- von der Criminalpolizei. Macht jetzt Jemand eine polizeiliche Anzeige, so geht das darüber aufgenommene Protokoll erst durch die verschiedenen Büreaus, ehe es aus der Hand des Polizei-Präsidenten in die des Staatsanwalts kommt, um dann nach ergangener Verfügung denselben Weg zur Criminalpolizei zurückzunehmen. Hierüber vergehen 2 bis 3 Tage und die erste, bei Diebstählen gerade wichtigste Zeit zu Recherchen ist verloren. Ich erinnere Sie nur an die Ermordung Gregy's und Corny's. Im ersten Falle hatte ein Zeuge bei der Revierpolizei eine Anzeige gemacht, die für die Ermittelung der Thäter von höchster Wichtigkeit war; trotzdem blieb man ohne Spur, bis derselbe Zeuge nach einer Reihe von 14 Tagen seine Mittheilung einem Criminalcommissarius wiederholte, die erst dann durch eine energische Verfolgung ein günstiges Resultat erzielte. Die Ermordung Corny's erfolgte früh gegen 5 Uhr; um 10 Uhr wurde die Leiche unter verdächtigen Umständen bereits aufgefunden und doch dauerte es in Folge der Schwerfälligkeit des Geschäftsganges bis zum Mittag des nächsten Tages, bevor die ersten Localrecherchen angestellt wurden.

Zu meiner Zeit war die sehr praktische Einrichtung, daß sich täglich aus jedem Revier ein Commissarius im Centralbureau einfand, um mitzutheilen, was vorgefallen sei. Auf diese Weise würde der jetzige schriftliche, langwierige Weg abgekürzt, und ich bedaure, daß man diese Einrichtuug aufgehoben hat. Ein zweiter großer Uebelstand ist die Trennung der Abtheilungen für Sitten- und Criminalpolizei. Es ist dringend geboten, daß die Ueberwachung der Diebe und öffentlichen Dirnen eine möglichst einheitliche sei, und Jeder, der in dieser Branche gearbeitet hat, wird mir Recht geben. (Heiterkeit.) Ich will Sie nur an eine ganz besondere Gattung von Gaunern erinnern, die sich hier ausgebildet hat, ich meine die sogenannten „Louis", verkommene Subjecte, die von den öffentlichen Dirnen durch Wohnung und Nahrung unterhalten werden und denselben dafür allerlei Dienste leisten, namentlich übertriebene Forderungen, die an Mannspersonen gestellt werden (Ruf: zur Sache und Heiterkeit), durch Drohungen und Mißhandlungen zu erpressen suchen. (Wiederholter Ruf: zur Sache.) M. H. Ich bin bei der Sache, und halte dieselbe für eine sehr ernste. Der größte Theil dieser Erpressungen kommt überhaupt nicht zur Anzeige, weil der Geschädigte gewöhnlich froh ist, nur glücklich davon zu kommen (von der rechten Seite der Ruf: Pfui, pfui!). Eine möglichste Vereinigung der Criminal- und Sittenpolizei halte ich deshalb für durchaus geboten, und wenn man die beiden Abtheilungen in letzter Zeit auch räumlich einander näher gebracht hat, so entspricht dies doch nicht den zu stellenden Anforderungen.

Zudem steht an der Spitze der Sittenpolizei ein Mann, der schon vor mehreren Jahren sein 50jähriges Dienstjubiläum gefeiert: wenn ich auch die Verdienste desselben in keiner Weise schmälern will, so scheint es mir doch geboten ein solches Amt in einer Stadt von mehr als 700,000 Einwohnern einer jüngeren Kraft anzuvertrauen. Ein weiterer Uebelstand ist die militärische Organisation der Schutzmannschaft, die vielleicht im Interesse der Disciplin nicht zu unterschätzen ist, aber nothwendig einen gewissen Corpsgeist herbeiführt, der zu Rivalitäten mit den bürgerlichen Beamten Veranlassung giebt, und eine durchaus nachtheilige strenge, militärische Hierarchie begrün

det. Ein fernerer Uebelstand ist der Fonds, in den die Strafgelder der denuncirten Kutscher u. A. fließen, und aus welchem den Schutzleuten Remunerationen zufließen. Ich möchte ihnen diese Einnahmequelle nicht verkümmern, sie werden aber dadurch leicht veranlaßt, ihre Hauptaufgabe aus den Augen zu verlieren und ihre ganze Aufmerksamkeit auf weniger wichtige Dinge zu richten. Ferner ist eine Reform des Einwohnermeldeamtes, sowie der Baupolizei nothwendig; bezüglich der letzteren ist man seit dem Häusereinsturz in der Wasserstraße aus einem Extrem in das andere gefallen, und doch ist ein Uebermaß unnöthiger Anforderungen nicht weniger schädlich als eine zu geringe Sicherheit.

Was endlich die gesetzliche Qualification der Polizeibeamten betrifft (Rechts wiederholter Ruf: Schluß) — meine Herren, ich bin gleich fertig — so rekrutiren die Schutzleute meist aus früheren Unteroffizieren. Diese sind größtentheils auf dem Lande oder in kleinen Städten aufgewachsen, haben dann vielleicht 12 bis 15 Jahre in der Kaserne ihren Dienst versehen und sollen dann im Stande sein, den schlauen Verbrechern mit Erfolg nachzuspüren. Mir scheint, daß sich unter der großen Zahl immer nur Wenige finden werden, die dazu wirklich geeignet sind, und ebenso wäre bei den Polizeilieutenants, meist Offieieren, die in der Armee nicht mehr dienen wollen, eine bestimmte Civilbildung, etwa die Ablegung des Abiturienten- oder gar des ersten juristischen Examens wünschenswerth. — Die Aufgabe, die hiernach dem Herrn Minister entgegentritt, ist keine leichte, aber gerade deshalb sollte man sich nicht damit begnügen, an den alten Institutionen, die unsern Verhältnissen nicht mehr entsprechen, festzuhalten. Es sind Reformen geboten, und ich hoffe um so mehr, daß man sich denselben nicht entziehen wird, als durch dieselben auf einem anderen Gebiete, dem Feuerlöschwesen, so glänzende Resultate erzielt worden sind. (Beifall.)

Abg. Hennig beleuchtet das Verhältniß des Berliner Polizeipräsidiums zu den Stadtbehörden Berlins. Die Stellung des Berliner Polizeipräsidenten ist eine falsche, da er außer seinem Geschäftskreise noch verschiedene Branchen zu verwalten hat, die den Staat gar nicht angehen, so namentlich das Feuerlösch- und Straßenreinigungswesen. Die Stadt hat sich mehrmals zur Uebernahme dieser Geschäfte bereit erklärt, doch hat man ihr das Feuerlöschwesen nie übergeben wollen, und das Straßenreinigungswesen von jenem getrennt zu übernehmen weigerte sich die Commune mit Recht. Die Rücksichtslosigkeit des Polizei-Präsidiums gegen die Stadt ist bekannt; ich erinnere nur an die Concession der Pferdeeisenbahn, an den Vertrag mit der Wasserleitungs-Gesellschaft, an die bekannten Resolute bei Straßenverbreiterungen: so ist noch in jüngster Zeit eine der schönsten Straßen Berlins in Folge eines solchen Resoluts schimpfirt, eines der schönsten Schinkel'schen Monumente, der Durchgang nach der neuen Wilhelmsstraße, zerstört worden. In welcher Lage befindet sich eine Gemeinde einer Behörde gegenüber, die jeden Tag ihr gesammtes Budget in Verwirrung bringen und zerstören kann. Ich bin überzeugt, daß dies Verhältniß des Polizeipräsidenten zur Commune Berlins kein gesundes ist und daß es, ohne sie zu schädigen, nicht aufrecht zu erhalten ist. (Lebhaftes Bravo!)

Der Minister des Innern. (Während seines Vortrages werden die ca. 150 Gaslampen unter eben so vielen ziemlich kräftigen Detonationen angezündet, wodurch die Rede fast unverständlich wird.) Ich glaube, daß das Resolut jedenfalls die Folge von Weigerungen seitens der Stadtbehörden gewesen sein wird. Der Vorwurf, den ich in Zeitungen gelesen habe, daß durch diese Resolution das städtische Deficit veranlaßt sei, ist jedenfalls unbegründet. In einer Stadt wie Berlin, mit einem Budget von 4—5 Millionen, spielt eine Summe von 130,000 Thlrn. als Beitrag zu den Kosten der Polizei keine Rolle. Daß das Feuerlöschwesen in einer Stadt, wo der König residirt, wo sich große Schätze von Sammlungen aller Art finden, in der Hand einer königlichen Behörde sein muß, scheint mir unzweifelhaft; ich glaube auch nicht, daß, wäre das nicht der Fall, dasselbe sich zu einer solchen Höhe erhoben hätte. Auf die Rede des Herrn v. Kirchmann näher einzugehen, werden Sie mir wohl erlassen. (Bravo! Rechts.) Die Vermehrung von Polizeimannschaften will ich mir wohl gefallen lassen, wenn der Herr Finanzminister keinen Einspruch dagegen erhebt; doch ist es mit dieser Vermehrung allein nicht gethan. Verbrechen werden nach wie vor längere Zeit unentdeckt bleiben, Diebstähle immer vorkommen und die gestohlenen Gegenstände nicht wiedergefunden werden. Das Berliner Publikum muß in dieser Beziehung etwas Selbsthilfe anwenden; in einer großen Stadt muß man etwas vorsichtiger sein, als in einem Dorfe. Auch die erwähnten Ungebührlichkeiten, welche im Thiergarten und auf den Straßen Berlins, die Excesse, die in jeder Sylvesternacht hier vorkommen, die die Verwunderung aller Fremden erregen und die es bis zu dieser Stunde leider noch nicht gelungen ist, auszurotten, können von der Polizei nicht verhindert werden.

Da müssen wir Alle, da kann allein die Bevölkerung Berlin's helfen und ich will hoffen, daß diese sich die heutigen Verhandlungen zu Herzen nehmen wird.

Die Discussion wird geschlossen und die Ausgabe-Position für die Berliner Polizei-Verwaltung genehmigt.

Um 4 Uhr wird die Sitzung vertagt und die nächste auf morgen 10 Uhr angesetzt. Präsident v. Forckenbeck erklärt, daß die heutige Tages-Ordnung, Etat des Ministeriums des Innern und die Gotha-Leinenfeld'sche Eisenbahnvorlage, morgen erledigt werden müsse, widrigenfalls er eine Abendsitzung ansetzen werde. Das Haus erhebt gegen diese Erklärung keinen Widerspruch; hoffentlich faßt es sie als eine Warnung und als ein Compelle auf, sein Pensum noch am Tage zu erledigen.

8. Sitzung des Herrenhauses.

Eröffnung 12¾ Uhr. Die Tribünen sind leer, die Bänke des Hauses außerordentlich schwach besetzt; es sind nicht 50 Personen anwesend.

Am Ministertisch Graf v. Itzenplitz.

Präsident Graf Stolberg theilt das Resultat der nach der letzten Sitzung vorgenommenen Commissionswahlen mit. — In die Commission für das Hypothekengesetz für Neuvorpommern ꝛc. sind gewählt: Graf zur Lippe, Vorsitzender, v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Stellverteter, Blömer, Schriftführer, Fürst zu Putbus, Stellvertreter, Denhard, Dr. Götze, Dr. Teßmann, Frhr. v. Sobeck, Graf v. Krassow, Frhr. v. Senfft, Frhr. von Maltzahn, v. Lepel, Graf v. Rittberg, v. d. Osten, Dr. Dernburg; in die Commission für das Depositalgesetz: Graf zur Lippe, Vorsitzender, Herzog v. Ujest, Stellvertreter, Graf v. Lehndorff, Schriftführer, von Bernuth, Stellvertreter, v. Le Coq, Fürst zu Putbus, Dr. v. Schliedmann, v. Plötz, v. Katte, v. Klützow, Graf v. Krassow, Graf v. Borries, Freiherr v. Senfft, Graf v. Königsmarck-Plaue, Frhr. v. Rothschild.

Graf v. Kanitz-Podangen ist neu in das Haus eingetreten und wird vom Präsidenten begrüßt.

Handelsminister Graf Itzenplitz: In Folge Allerhöchster Ermächtigung, habe ich dem hohen Hause einen Gesetz-Entwurf vorzulegen, welcher eine neue und nützliche Einrichtung betrifft, die in vielen großen Ortschaften schon besteht: nämlich die Einrichtung von öffentlichen Schlachthäusern. Der Umstand, daß in vielen großen Städten jetzt leider in jeder Straße geschlachtet werden darf und das Blut und die Abgänge durch die Rinnsteine abgeführt werden, ist in jeder Beziehung tadelnswerth und in sanitäts-polizeilicher Beziehung verwerflich. Es herrscht nun wohl kein Zweifel darüber, daß es nicht rathsam erscheint, dergleichen Einrichtungen zu befehlen oder auf Staatskosten einzuführen. Es soll vielmehr nur den Communen überlassen werden, solche Anstalten zu begründen, wenn sie wollen. Damit sie hierzu aber die Möglichkeit erhalten, ist ein Gesetz nöthig, welches die Communalbehörden autorisirt, im Falle der Errichtung von Schlachthäusern die Schlächter auch verpflichten zu können, nur in den Schlachthäusern zu schlachten. Das Beispiel von Paris ist in dieser Beziehung nachahmenswerth und musterhaft. — Das Gesetz enthält sodann Bestimmungen über die Entschädigung, welche dafür gewährt werden soll, daß die bisherigen Anstalten nicht mehr benutzt werden können; also nochmals — es sollen weder auf Kosten des Staats Anstalten errichtet, noch soll gegen die Commune ein Zwang ausgeübt werden, es soll vielmehr den Communen nur die Befugniß ertheilt werden, auf Kosten der Commune solche Einrichtungen zu treffen.

Der Minister stellte anheim, eine besondere Commission zur Prüfung des Gesetzes zu ernennen, Herr Hasselbach empfahl Ueberweisung an die Commission für Handel und Gewerbe.

Der Minister modificirte seinen Vorschlag dahin, Vorberathung im Hause eintreten zu lassen, da das ganze Gesetz sehr einfach sei.

Der Präsident hält den letzten Vorschlag nicht für praktisch, da er nicht glaubt, daß vor Ende des Monats noch eine Sitzung anberaumt werden könne; es würde deshalb Zeit gespart werden, wenn bis dahin eine Commission vorberathe.

Das Gesetz wird an die Handels-Commission verwiesen.

Es folgt der Bericht der Geschäfts-Ordnungs-Commision über einige Aenderungen der Geschäftsordnung. Die Commission schlägt vor: 1) dem § 19 der Geschäftsordnung als zweites Alinea folgenden Zusatz hinzuzufügen: „die Commissionen sind befugt, durch den gewählten Berichterstatter im Herrenhause mündlichen Bericht erstatten zu lassen. In letzterem Falle sind die Anträge der Commission und der Name des Referenten gedruckt zur Kenntniß des Hauses zu bringen. Das Haus kann jedoch in diesem Falle schriftlichen Bericht verlangen, und zu diesem Behufe die Sache an die Commission zurückverweisen.“

2) dem § 18 der Geschäftsordnung folgenden Zusatz beizufügen: die Mitglieder des Herrenhauses sind befugt, als Zuhörer den Berathungen der Commissionen beizuwohnen, insofern nicht von diesen Oeffentlichkeit durch Stimmenmehrheit ausgeschlossen.

Berichterstatter v. Gruner und Graf von Rittberg empfehlen beide Aenderungen.

Herr v. Senfft-Pilsach: Obgleich ich den zweiten Antrag nicht für ganz unbedenklich halte, will ich doch keinen Antrag stellen, da ich sehe, daß die Stimmung des Hauses dafür ist. Ich möchte aber eine sanitätspolizeiliche Maßregel dabei zur Sprache bringen. Schon jetzt ist in den Commissionen eine sehr lebhafte Thätigkeit mit üblen Cigarren entwickelt worden; wenn nun auch noch die übrigen Mitglieder des Hauses Zutritt erhalten, so wird sich diese Thätigkeit noch mehr entwickeln. Ich möchte deshalb den dringenden Wunsch aussprechen, daß die Zuschauer ohne Cigarren erscheinen.

Herr v. Frankenberg-Ludwigsdorff frägt an, ob der Antrag des Herrn v. Senfft nicht zur Unterstützung gestellt werden würde.

Der Präsident erklärt, daß Herr v. Senfft keinen Antrag gestellt, sondern nur einen Wunsch ausgesprochen habe.

Beide Anträge werden sodann angenommen.

Schließlich wird noch das Gesetz betr. die Landesvermessung in Hohenzollern-Hechingen ohne Debatte so genehmigt, wie es aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist.

Schluß 12¾ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 20. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Regierungs- und Schulrath a. D., Geheimen Regierungs-Rath Altgeld zu Düsseldorf, den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse, und dem Polizei-Präsidenten v. Madai in Frankfurt a. M. den Rang eines Rathes dritter Klasse verliehen, sowie den Rentner Billig zu Coblenz, der von der Stadtverordneten-Versammlung vollzogenen Wahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten der gedachten Stadt auf die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Berlin, 20. Jan. [Se. Majestät der König] nahmen heute die Vorträge der Herren Hofmarschälle, des Oberkammerherrn Grafen Redern, des Geheimen Cabinets-Raths von Mühler und des Geheimen Raths Borck, sowie militärische Meldungen entgegen, bei deren Abstattung der Gouverneur und der Stadtcommandant zugegen waren.

[Ihre Majestät die Königin] war vorgestern in der 3. Vorlesung des Wissenschaftlichen Vereins anwesend. Gestern, nach dem Ordensfeste, wohnte Allerhöchstdieselbe einer Sitzung des Vaterländischen Frauen-Vereins im Handels-Ministerium bei, in der Geheime Rath Esse seinen Reisebericht abstattete.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] nahm im Laufe des vorgestrigen Tages militärische Meldungeu entgegen und besuchte Abends mit Ihrer königlichen Hoheit der Kronprinzessin die Vorstellung im Wallner'schen Theater.

Gestern wohnte Se. königliche Hoheit der Feier des Krönungs- und Ordensfestes im königlichen Schlosse bei und stattete dem Grafen Carl Pourtalès einen Besuch ab. Ihre königliche Hoheit die Kronprinzessin empfing den Dr. Legg und fuhr nach Charlottenburg zu Ihrer Majestät der Königin-Wittwe. (St.-A.)

*** **Berlin**, 19. Jan. [Die Aufgabe der Landesvertheidigungs-Commission. — Festungsbauten. — Die österreichischen Wehrzustände.] Nachdem das Wehrwesen des norddeutschen Bundes, soweit die Organisation der Armee wie die Bestimmungen über die Reserve und Landwehr dabei in Betracht kommen, zu einem definitiven Abschluß gelangt ist, werden die Vervollständigung und der Umbau des norddeutschen Festungsnetzes, die Eisenbahnanlagen, die Hafenbauten und der Küstenschutz die Zielpunkte bilden, deren Verwirklichung für die nächsten Jahre angestrebt wird. Die neue Organisation des Ingenieur-Corps darf als der Uebergang zu diesen künftigen Aufgaben betrachtet werden, deren Vorbereitung, Leitung und Ausführung in der ebenfalls neu eingesetzten Landesvertheidigungs-Commission ihren Mittelpunkt zu finden bestimmt ist. Ueber die Einzelheiten des Vorgehens hierin verlautet natürlich noch nichts Bestimmtes und gilt nur so viel als feststehend, daß alle ferneren Schritte auf den bezeichneten Gebieten nach im Voraus festgestellten umfassenden Plänen erfolgen sollen. Was die Festungen angeht, so sind indeß einige Einzelnheiten über den Umbau, resp. die Erweiterung des Festungsnetzes allerdings schon früher bekannt geworden. Thorn soll durch die Anlage von sieben Forts zu einem Waffenplatz ersten Ranges erhoben, Stettin durch zwei Außenforts verstärkt und erweitert werden. Ob Görlitz, wie früher verlautete, zu einer Festung oder doch einem festen Platz umgewandelt werden wird, steht dagegen noch dahin. Dagegen bleibt Dresden in letzter Eigenschaft als Deckung gegen den deutschen Südwesten vorläufig jedenfalls erhalten. Ebenso wird an der unteren Weser oder der Ems ein fester Platz angelegt werden. Nicht minder ist auch für die Elbherzogthümer zur Deckung des Hafens von Kiel außer der unmittelberen Landbefestigung desselben in Rendsburg und Friedrichsstadt mit den vorgeschobenen Werken von Düppel und Sonderburg ein ganzer Befestigungsabschnitt projectirt. Wahrscheinlich wird endlich auch noch zum Ersatz für Luxemburg die Anlage eines neuen großartigen festen Waffenplatzes oder einer Festung ersten Ranges bei Trier oder sonst einem Punkte der Maaß-, Mosel- oder Saarlinie erfolgen. Andererseits sind dem Vernehmen nach noch mehrere der schon vorhandenen kleineren Festungen zur Aufgabe bestimmt. Für die Eisenbahnen wird mit nächstem Frühjahr zunächst eine Bereisung sämmtlicher norddeutschen Bahnen von Seiten einer dazu eingesetzten Commission, behufs Feststellung der militärischen Leistungsfähigkeit der einzelnen Schienenwege eintreten, und sind bekanntlich mehrere der theils noch projectirten, theils schon in Ausführung getretenen Bahnen bestimmt zu dem Küstenschutz mitzuwirken. Ein Hauptaugenmerk wird ferner auf den schleunigen Ausbau und die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes an der deutschen Westgrenze gerichtet bleiben, wobei namentlich die Eifel- und die Rhein-Nahe-Bahn eine besondere Berücksichtigung erfahren dürften. — Die neuesten militärischen Maßregeln in Oesterreich dürften wohl mit Bestimmtheit darauf schließen lassen, daß von Seiten der leitenden österreichischen Staatsmänner für lange hinaus jede neue kriegerische Verwicklung als beseitigt erachtet wird, denn sonst würde sich das Verhalten derselben in der That kaum erklären lassen. Die vier Bataillone jedes österreichischen Infanterie-Regiments sind durch kaiserliche Verfügung von Mitte vorigen Jahres bereits auf 6 erhöht worden; allein eine Einstellung von neu ausgehobenen Mannschaften hat in die so neugeschaffenen Cadres noch nicht stattgefunden und thatsächlich muß zur Zeit ein volles Drittel der österreichischen Truppenkörper nur auf dem Papier bestehen. Ebenso ist der Beschluß der ungarischen Landesvertretung statt der für 1868 von Ungarn geforderten erhöhten Rekrutenquote von 48,000 Mann nur 22,500 stellen zu wollen, von der österreichischen Regierung acceptirt worden. Gegenwärtig aber, nachdem eben noch durch die Annahme des neuen Wehrgesetzentwurfs die allgemeine Dienstpflicht für Oesterreich zum Princip erhoben worden ist, geht sogar die Rede von einer Armee-Reduction, durch welche der zeitige Friedensstand der österreichischen Armee um ein volles Drittel verringert werden soll. Wenn hierfür indeß auch noch die Bestätigung abgewartet werden muß, so erhellt doch aus Allem, daß die Neugestaltung des österreichischen Heerwesens auf bedenkliche Weise ins Stocken gerathen ist, und scheint es auch durchaus nicht, als ob unter der neuen constitutionellen Aera des österreichischen Staats dieser Vorgang fernerhin einen rascheren Verlauf erfahren wird.

♂ [Rangerhöhung.] Wie man hört, haben bei Gelegenheit des gestrigen Krönungsfestes auch mehrere Rangerhöhungen stattgefunden, so hat der Oberpräsident der Provinz Posen, Herr v. Horn, den Charakter als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Titel Excellenz erhalten. Wenn dagegen erzählt wird, die Königin Augusta habe den Ober-Ceremonienmeister beauftragt, das Ceremoniell so umzugestalten, daß es auch für einen kaiserlichen Hof ausreichend und angemessen sei, so liegt die Lächerlichkeit dieser Erfindung auf der Hand.

♂ [Der Capitän zur See, Henk,] ist dem Marineministerium überwiesen und wird in diesem Departement den bisherigen Decernenten für Ausrüstung, Capitän Köhler vertreten, welcher mit dem Commando der Panzerfregatte Friedrich Carl beauftragt und dieses Dienstes wegen von seinen Functionen im Ministerium einstweilen suspendirt ist. Die Nachricht, die königliche Yacht Grille solle kassirt werden, bestätigt sich nicht, sondern der Marineminister hat die Wiederindienststellung der Yacht beantragt.

♂ [Ueber die Vorlagen, welche dem Landes-Oekonomie-Collegium übergeben werden sollen] um sie zu berathen, ist bis jetzt nur zu sagen, daß wahrscheinlich die Frage wegen allgemein giltiger Maßregeln in Bezug auf die Bewältigung der Rinderpest, welche in vielen Fällen noch fehlen, wiederum auf die Tagesordnung gesetzt werden wird. Auch wird voraussichtlich die in der vorigen Session schon besprochene Angelegenheit, ob es nicht zweckmäßig sei, den in Oesterreich geltenden Modus bei der Branntweinsteuer auch in Preußen einzuführen, wieder zur Discussion gestellt werden. Um der Frage näher zu treten, haben sich der Minister der Finanzen und der der landwirthschaftlichen Angelegenheiten dahin geeinigt, Sachverständige — ein Mitglied des Landes-Oekonomie-Collegiums und einen Steuerrath — nach Oesterreich zu senden, um an Ort und Stelle die Art und Weise, wie dort die Besteuerung des Branntweins und auch des Rübenzuckers erfolgt, sowie die hieraus entspringenden Ergebnisse kennen zu lernen. Die Erfahrungen, welche sie auf ihrer Reise machen werden, sollen, wie man voraussetzen kann, dann dem Landes-Oekonomie-Collegium für seine Berathungen zugängig gemacht werden.

[Der Steuer-Erlaß in Ostpreußen.] Wie bereits telegr. gemeldet, schreibt der „Staatsanz.“: Dem im Abgeordnetenhause eingebrachten Gesetzentwurfe wegen Erlaß der drei untersten Stufen der Klassensteuer und eines Theils der Grundsteuer für das erste halbe Jahr 1868 in den Regierungs-Bezirken Königsberg und Gumbinnen gegenüber wird die Mittheilung nicht ohne Interesse sein, daß in Folge Erlasses des Finanz-Ministers vom 3. Januar d. J. die betreffenden Regierungen bereits von den maßgebenden allgemeinen Grundsätzen in Kenntniß gesetzt und angewiesen worden sind, in den von der Noth heimgesuchten Gegenden bei Einziehung der Staatsabgaben mit Milde und Schonung zu verfahren und unter allen Umständen zu vermeiden, daß die an sich schon bestehende Noth etwa durch ein strenges Verfahren in Beitreibung der Steuern noch weiter gesteigert werde. Insbesondere ist den Regierungen die Ermächtigung zur Gewährung ausgedehnter Klassensteuer-Remissionen und zur Niederschlagung von Steuer-Rückständen, welche nach der Bescheinigung der Orts-Vorstände sich als uneinziehbar ergeben, ertheilt, im Uebrigen aber in der Ausführung eine besondere Vorsicht empfohlen worden, um einestheils die Steuerpflichtigen in ihrer Leistungsfähigkeit nicht zu gefährden, anderntheils aber auch zu verhüten, daß nicht etwa unter dem Deckmantel und Vorwande des Nothstandes ganz steuerfähige Personen ihrer Steuerpflicht sich entziehen und dadurch das zur Bestreitung der Staats-Ausgaben nöthige Steuer-Einkommen zur Ungebühr schmälern.

Hierbei ist gleichzeitig darauf hingewiesen worden, daß eine Steuerstundung in der Regel die Lage der Steuerpflichtigen auf die Dauer nicht verbessert und daher von dem Mittel der Steuerstundung nur da Gebrauch zu machen sei, wo die Verhältnisse der Steuerpflichtigen die sichere Aussicht darbieten, daß durch eine solche wirksam geholfen werden kann. In zweifelhaften Fällen wird daher die definitive Niederschlagung der Steuerreste angeordnet werden.

[Die Budget-Commission] hielt am Sonnabend Abend eine Sitzung und berieth über Petitionen. Zunächst berichtete Abg. Dr. Francke (Oldenburg) über eine Anzahl von Petitionen aus Schleswig-Holstein. 3 Petitionen aus in der Nähe von Schleswig gelegenen Dörfern, und unterzeichnet von Lehrern und Landleuten, beantragten die Errichtung getrennter Regierungen für Schleswig und Holstein; sollte jedoch dies wegen des Beschlusses des Landtages nicht möglich sein, so bitten sie: die Stadt Schleswig zum gemeinsamen Sitz der Regierungen zu machen. Sodann lag eine Petition der Stadt Schleswig vor, welche beantragte, eine gemeinsame Regierung zu errichten und die Stadt Schleswig zu ihrem Sitz auszuwählen. Von anderer Seite wurde das Schloß Gottorp zur Unterbringung der gemeinschaftlichen Regierung empfohlen. Der Referent Abg. Francke stellt den Antrag, die Petitionen der Staatsregierung zur Erwägung zu empfehlen.

Der Reg.-Commissar Geh. Rath v. Wolff trat den Ausführungen der Petenten entgegen und gab Namens der Staatsregierung die Erklärung ab, daß dieselbe an der Ansicht festhalten müsse, daß die Regierungen für Schleswig und Holstein vorläufig getrennt fortgeführt werden müssen. Erst wenn bei der Schlußberathung des Etats die Regierung die Ueberzeugung gewinnen würde, daß für die Provinz Schleswig-Holstein eine einheitliche Regierung erforderlich sei, werde sie sich dazu entschließen. Für diesen Fall würde allerdings die Stadt Schleswig den Vorzug verdienen, zum Sitz der Regierung ausgewählt zu werden. Der Abgeordnete v. Mitschke-Collande sprach sodann für die Ueberweisung sämmtlicher Petitionen an die Staatsregierung zur Erwägung und wurde dieser Antrag auch von der Commission schließlich mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. — Eine Anzahl von Petitionen: wegen Erhöhung der Pensionen der Gendarmen, der Polizei-Commissare in Danzig, von Polizei-Secretären, Landbriefträgeru, Rentamtsdienern, Justiz-Subalternbeamten, Bureaudienern, Gefangenenwärter ꝛc. wegen Gehaltserhöhung werden sodann mit Rücksicht auf die bei Berathung des Etats gefaßten Beschlüsse des Hauses als für das Plenum nicht geeignet erachtet und durch Uebergang zur Tages-Ordnung erledigt. (N. A. Z.)

Schwerin, 19. Januar. [Zur Freizügigkeit.] In der Ausführungs-Verordnung zu dem Bundesgesetz vom 1. November 1867, betreffend die Freizügigkeit wird u. A. festgesetzt, daß jeder, welcher seinen bleibenden Aufenthalt in Mecklenburg nehmen will, sich binnen acht Tagen bei der Ortsobrigkeit unter Nachweis seiner Angehörigkeit zu einem der norddentschen Bundesstaaten zu melden hat, die betreffende Behörde hat hierüber eine Registrirung aufzunehmen und dem Angemeldeten eine Bescheinigung auszustellen. — In Regierungskreisen wird versichert, daß die von mecklenburgischen Kaufleuten in einer jüngst hier abgehaltenen Versammlung beschlossene Resolution, betreffend die Vermeidung der Nachverzollung beim Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein schwerlich die erwünschte Berücksichtigung finden werde.

Kiel, 20. Januar. [Die Post-Dampfschifffahrt] zwischen Kiel und Korsör ist wieder eröffnet.

Augsburg, 20. Jan. [Preußens Stellung zur orientalischen Frage.] Eine anscheinend officiöse Wiener Correspondenz der „Allg. Ztg.“ bespricht die Meldung französischer Blätter über den angeblichen Anschluß Preußens an die von den Großmächten bei der serbischen Regierung erhobenen Schritte und sagt: Diese Meldung würde, falls sie sich bestätigte, erst dadurch als vollständig constatirt erachtet werden können, daß Preußen sich von der seitens Rußlands im Orient befolgten Politik lossagte. In Wien sei man jedoch vorläufig noch nicht davon unterrichtet, daß Preußen sich den Schritten der drei Großmächte angeschlossen habe.

München, 20. Jan. [Die Kammer der Reichsräthe] wird morgen die Berathung des Wehrgesetzes beginnen.

Stuttgart, 20. Jan. [Abgeordnetenkammer.] Specialdebatte über das Gesetz, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste. Die Bestimmung, betreffend die allgemeine Wehrpflicht, von welcher auch die Standesherren nicht ausgeschlossen sein sollen, wird angenom-

men. Der Antrag Mohl's, die Stellvertretung im Heere beizubehalten, wird mit 55 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Die für den Antrag Stimmenden gehörten der Mehrzahl nach der Linken an. Die Mitglieder des ritterschaftlichen Adels, welche bisher 13 Vertreter in der Abgeordnetenkammer hatten, haben in einer zu Eßlingen abgehaltenen Versammlung eine Eingabe an den König beschlossen, in welcher sie um Nichtgenehmigung des revidirten Verfassungsentwurfs bitten, weil in demselben der Ritterschaft ihre Vertretung genommen ist.

Oesterreich.

Wien, 20. Januar. [Der Empfang der Delegationen.] Bei dem heutigen Empfange der ungarischen Delegation durch den Kaiser hielt der Führer der Delegation, Graf Majlath, folgende Ansprache:

Zufolge den Bestimmungen des allergnädigst sanctionirten Gesetzes von 1867, Artikel 12, haben wir uns, dem Rufe Eurer Majestät nachkommend, hier versammelt. Bevor wir in legaler Weise an die Lösung unserer hochwichtigen Aufgabe schreiten, ist es uns eine angenehme Pflicht, die Gefühle unserer ererbten Treue, unserer unerschütterlichen Anhänglichkeit und tiefernsten Huldigung Eurer Majestät zu Füßen zu legen und uns der allerhöchsten kaiserlichen Gnade und Gewogenheit allerunterthänigst zu empfehlen."

Der Kaiser erwiderte:

„Ich begrüße die Delegation des ungarischen Reichstages auf dem Gebiete jener Wirksamkeit, zu welcher dieselbe durch das Gesetz berufen wurde. Ich hege die Ueberzeugung, daß die althistorische Verfassung des Königreichs Ungarn in dieser Institution nur eine neue Garantie gewonnen habe; und indem Sie diese Ueberzeugung theilen, wird gewiß Ihr patriotisches Streben mit aller Energie dahin gerichtet sein, die Fragen gemeinsamer Interessen mit aufrichtigem Einverständnisse und wechselseitigem Vertrauen zum Wohle aller meiner Völker einer gedeihlichen Lösung entgegenzuführen."

Um 3 Uhr Nachmittags empfing alsdann der Kaiser die Delegation des Reichsrathes. Bei dem Eintritt des Kaisers erscholl ein dreimaliges begeistertes Hoch. Der Präsident der Delegation, Graf Auersperg, hielt folgende Ansprache:

Dem erhabenen Rufe Ew. Majestät nachkommend, hat sich die Delegation des Reichsrathes zur verfassungsmäßigen Thätigkeit versammelt. Die Mitglieder fühlen sich hochbeglückt, in den ersten Stunden ihres Zusammenseins an den Stufen des Thrones ihre ehrfurchtsvolle Huldigung darbringen zu dürfen. Eingedenk ihres pflichtmäßigen Berufes, die Größe, aber auch die Schwierigkeit ihrer Aufgaben nicht verkennend, wird die Delegation in Treue und Anhänglichkeit an den Thron, in brüderlicher Gesinnung gegen die Vertreter der anderen Reichshälfte, mit Hingebung und Ausdauer bestrebt sein, in ihrem Wirkungskreise zur ersprießlichen Lösung jener Aufgaben mitzuwirken, auf daß die wohlwollenden Absichten des Kaisers erfüllt, die Interessen der Gesammtmonarchie dauernd gewahrt, und eben dadurch auch die Wohlfahrt der im Reichsrathe vereinigten königlichen Länder und Völker gesichert und befestigt werde. Möge sich die neue Institution durch das patriotische Zusammenwirken aller Betheiligten als eine für die Gesammtheit gedeihliche und fruchtbare entwickeln und bewähren, und in allen das Gesammtwohl betreffenden Fragen jene loyale Einmüthigkeit und Einstimmigkeit obwalten, mit welcher wir alle hier Versammelten rufen: Gott erhalte, segne, beglücke Ew. Majestät!"

Nach einem dreimaligen stürmischen Hoch der Versammlung erwiderte der Kaiser:

„Ich heiße die erste vom Reichsrathe entsendete Delegation mit der frohen Zuversicht willkommen, daß es ihren patriotischen, dem Wohle und der Kraft der Monarchie geltenden Bemühungen gelingen werde, die ihr durch die Verfassung zugewiesene Aufgabe einer raschen, befriedigenden Lösung zuzuführen. Ein solches Ergebniß Ihrer Berathungen wird, davon dürfen Sie überzeugt sein, wesentlich dazu beitragen, das Vertrauen der Völker Oesterreichs zu den neubegründeten Institutionen zu heb n, und sie auf dem Boden der Verfassung neue Bürgschaften ihrer Freiheiten finden zu lassen."

(Begeistertes dreimaliges Hoch.)

ϱ **Aus Nordösterreich**, 18. Januar. [Agitation im czechischen Lager. — Eine Broschüre. — Preßproceß. — Das Rothbuch. — Russenfurcht in Galizien.] Nach den jüngsten Berichten aus Prag soll sowohl in Böhmen als in Mähren in dem czechisch-nationalen Lager große Bewegung herrschen, welche auf einen Hauptschlag gegen das gegenwärttg in Oesterreich herrschende politische System abzielt. In den Schlössern des czechischen Adels — heißt es weiter — werden fortwährend geheime Conferenzen gehalten, zu denen auch Vertreter des Clerus und der moderirt demokratischen Partei beigezogen werden. Die ganze Angelegenheit wird sehr geheimnißvoll betrieben und bis nun liegt über die eigentliche Absicht der Agitation nichts Positives vor. — Auch soll demnächst von einem böhmischen Magnaten eine fulminante Broschüre gegen das Regime Beust in Leipzig in deutscher und französischer Sprache erscheinen. — Die Moskaureise wird am 23. d. M. in Prag Gegenstand eines Preßprocesses sein. Dr. Brauner klagt den Redacteur einer in Prag erscheinenden Wochenschrift Dr. Pickert des dreifachen Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre an, wegen eines in jener Zeitschrift unter der Rubrik „Aus dem czechisch-nationalen Lager" gebrachten längeren Schmähartikels, welcher alle jene Männer aus Böhmen, welche nicht in den cisleithanischen Reichsrath gingen, sondern die ethnographische Ausstellung in Moskau besucht haben, „Verführer des czechischen Volkes" nennt, die bei jeder Gelegenheit des eigenen Volkes Wohl mit Füßen treten — ihre eigene bessere Ueberzeugung verleugnen — vor einer absoluten fremden Regierung im Staube kriechen — einem fremden Herrscher Huldigungen darbringen, als wäre es ihr eigener Regent, dem sie Treue und Gehorsam gelobt, u. s. w." Der Artikel culminirt in der Beschuldigung „hochverrätherischen Treibens" und unterläßt es nicht, sich auf eine Broschüre „Kehrseite der Reise nach Rußland", des Emigranten Jos. Fric „als einen neuen überaus schätzbaren Beleg" zu berufen, wie sehr Pickert im Rechte sei, wenn er die „Führer des czechischen Volkes" dessen Verführer nenne und das Volk vor denselben warne. — Der Verlauf und Ausgang dieses Processes dürfte selbst für weitere Kreise von Interesse sein. — Das österreichische „Rothbuch", dessen einzelne Theile schon den betreffenden Referenten zugewiesen, — Hofrath von Gagern liefert den handelspolitischen Theil — soll eine umfassende Aktensammlung werden. Unwillkürlich denkt man dabei auch jenes berüchtigten „schwarzen Buches", das zu Anfang der fünfziger Jahre, in der Zeit der am höchsten gehenden Reaction, in Deutschland ein so schmerzlich überraschendes Aufsehen erregte. — Wie man heute von verläßlicher Seite aus Lemberg berichtet, sind die österreichischen Bezirksämter und Gendarmerieposten an der polnisch-russischen Grenze angewiesen worden, über jede Anhäufung russischer Truppen an der Grenze oder sonst wichtige militärische und politische Vorgänge sofort Bericht zu erstatten.

Belgien.

Brüssel, 16. Jan. [In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer] brachte Hr. Dumortier den Wechsel im Ministerium wieder zur Sprache und verlangte weitere Aufklärungen; der heftige Redner der Rechten lobte den abgetretenen Minister-Präsidenten als einen Mann von 1830, der die Principien der Freiheit für Alle und in Allem repräsentire, während Hr. Frère davon der Gegensatz sei und in Allem die Alleinherrschaft des Staates wolle. Dieser Ausfall gab Hrn. Rogier Anlaß zu einer ausführlichen Erklärung über seinen Austritt aus dem Ministerium. Er habe sich nicht von Hrn. Vandenpeereboom trennen können, weil er dessen Ansicht theile, daß das Unterrichtsgesetz von 1842 nothwendig auf die Schulen für Erwachsene Anwendung finden müsse. Die Aufforderung an den Clerus zur Mitwirkung bei demselben sei überflüssig gewesen, weil diese Mitwirkung demselben vom Gesetze auferlegt werde. Der Clerus habe Unrecht gehabt, sich zu weigern, wie er gethan, besonders wegen der kleinlichen Ursachen, die er dafür angegeben habe. Wenn der Clerus auf eine richtigere Ansicht der Dinge zurückkomme, so müsse man seine Mitwirkung annehmen; doch brauche der Staat die Bedingungen, welche man ihm auferlegen wolle, nicht anzunehmen. Uebrigens hätten ihn auch persönliche Rücksichten geleitet; nach einer politischen Laufbahn von 38 Jahren dürfe er sich wohl Ruhe wünschen. Auf die Lobeserhebungen, welche man ihm seit seinem Rücktritte von Seiten der politischen Gegner machte, erwiderte Hr. Rogier: „Lebendig und in gutem Wohlbefinden seine eigene Leichenrede zu hören, ist nicht ohne Annehmlichkeit; eben so ist es nicht unangenehm, die Rolle des Schauspielers mit der des Zuschauers zu vertauschen und die Privilegien zu genießen, welche diesem zustehen. Man kann große Dienste leisten in der Regierung, aber man kann deren auch außerhalb derselben leisten, und in dieser Beziehung beanspruche ich, noch etwas thun zu können. Meiner Ansicht nach ist meine Pflicht als Repräsentant und guter Bürger, die Regierung mit Energie zu unterstützen in ihren Bestrebungen für das Gute, ihr mit Mäßigung zu widerstehen uud sie mit Wohlwollen zu warnen, wenn sie sich von dem angegebenen Wege entfernt. In solcher Weise werde ich Gebrauch von meiner Unabhängigkeit machen, und ich hoffe, daß weder die Kammer noch das Cabinet mich zu anmaßend finden werden." Diese Rede des verdienten Staatsmannes wurde von der Kammer mit großer Theilnahme aufgenommen. Der Finanz-Minister erwiderte auf die von von der Rechten gemachten Bemerkungen, daß er die Ansicht des vorigen Ministers des Innern wegen des Unterrichtsgesetzes nicht theile und entschlossen sei, die Schulen für Erwachsene demselben zu entziehen. Ueber das Gesetz selbst bestätigte der Minister, daß die Meinungen darüber getheilt gewesen seien und fernerhin getheilt sein werden. In Bezug auf die Antwerpener Frage behauptete der Minister nochmals, daß die Beschwerden von Antwerpen übertrieben und theilweise unbegründet seien, und führte als schlagenden Beweis dafür an, daß, während man sich in Antwerpen über die militärischen Servitute beklage und mit der größten Heftigkeit Entschädigung dafür verlange, die dem militärischen Servitute unterliegenden Terrains inzwischen um 47 pCt. im Werthe gestiegen seien.

[Kaiserin Charlotte.] Der „France" wird aus Brüssel gemeldet, der König und die Königin hätten dieser Tage der Prinzessin Charlotte den Tod des Kaiser Maximilian mitgetheilt und sie habe diese Mittheilung mit vollkommenem Verständniß und großer Ruhe aufgenommen.

Brüssel, 17. Januar. [Die Verhandlungen der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer] betrafen wiederum die Antwerpener Festungsfrage, doch handelte es sich eigentlich mehr um eine persönliche Polemik des Herrn Coomans gegen den Finanz-Minister und die Vertheidigung des letzteren. Schon gleich Anfangs wurde Herr Coomans wegen seiner Ausdrücke von dem Präsidenten mehrere Male zurecht gewiesen und sein lebhafter und heftiger Angriff wurde von Herrn v. Frère mit siegreicher Beredsamkeit zurückgewiesen. Die Sitzung schloß mit einer Erklärung des Kriegsministers, nach welcher die Regierung niemals daran gedacht habe, die Befestigung des linken Scheldeufers aufzugeben; dasselbe werde gegenwärtig durch die Citadellen von Termonde und Gent gedeckt. Sobald man aber auf dem linken Ufer ein verschanztes Lager errichte, würde die Citadelle von Gent überflüssig werden. Die ganze Frage sei nur eine ökonomische.

[Commercielles.] Es hat in den letzten Tagen Aufsehen erregt, daß das Bankhaus Langrand-Dumonceau von seinen Actionären neue Einzahlungen verlangt; auf jede Actie sollen 100 Francs in fünf Terminen eingezahlt werden.

Rußland.

⌗ **Petersburg**, 11. Jan. (30. Dec.). [Königreich Polen. — Güterverkauf in Litthauen. — Verkauf der Nikolaibahn. — Der Secretär der griechischen Königin. — Der Salzdiebstahl in Nowgorod.] Die „Nord. Post." veröffentlicht eine Abänderung der bestehenden Gesetze, welche es vollends zweifellos macht, daß das Königreich Polen mit dem 1. Januar 1868 aufhören soll, einen vom Reich getrennten Organismus zu bilden. Die Beamten des Justizministeriums werden durch dieselbe angewiesen, mit den polnischen Behörden nicht mehr wie bisher durch Vermittelung des Ministeriums des Innern, sondern direct, wie mit den Reichsbehörden zu verhandeln. Die gleiche Vorschrift ist bezüglich Finnlands erlassen und dadurch bezeichnet worden, daß man auch nach dieser Seite die Zügel straffer anzuziehen gedenkt. Gleichzeitig ist man auch mit dem Verkauf der sequestrirten polnischen Güter in Litthauen und der Ukraine energisch vorgegangen: im General-Gouvernement Wilna sind 166, im Gen.-Gouv. Kiew 20 Güter verkauft worden. Wie der „Golos" meldet, sind von den erstgenannten 166 nur 60 Güter in russische, alle übrigen in deutsche, zumeist kur- und livländische Hände übergegangen. Trotz aller russificatorischen Anstrengungen haben deutsche und germanisirte Letten Kurlands in den Gouvernements Kowno, Wilna und Grodno überhaupt größere Fortschritte gemacht, als die Russen. Von Alters her sind die Edelleute und die reicheren Bauern des südlichen Kurland gewohnt, ihre jüngeren Söhne in diesen Provinzen durch Güterkäufe und Pachtungen zu versorgen; das deutsche Element ist im nördlichen Kowno so mächtig und verbreitet, daß in früheren Zeiten wiederholt davon die Rede war, die an der Grenze liegenden Kreise, der Provinz Kurland förmlich zu incorporiren. — Wie dringend der Regierung daran gelegen ist die Sache des Güterverkaufs möglichst rasch zu erledigen, geht aus dem Umstande hervor, daß die hohe Abgabe, welche sonst von allen Eigenthumsübertragungen in Rußland erhoben wird, den Käufern der lithauischen Güter ausnahmslos erlassen wird. Nur aus dem in allen Theilen des Reichs gleich großen Mißtrauen gegen die Haltbarkeit der litthauischen Zustände ist es zu erklären, daß die Zahl der Käufer nichts desto weniger eine sehr geringe ist und daß es an autochthon-russischen Kaufliebhabern fast vollständig fehlt; die Preise sind so niedrig, daß man nach der Versicherung eines Sachkenners ein gutes Geschäft macht, wenn man auch das dreifache des als Minimum angenommenen Taxwerthes zahlt. Freilich schwebt über neuen und alten Güterkäufern das Damoklesschwert der von Murawjew erfundenen „außerordentlichen" Contributionen, welche trotz der Beendigung des Aufstandes weiter erhoben werden und deren Betrag sich nach der Nationalität der einzelnen Individuen richtet. — Ans den höheren Regierungskreisen ist nichts Neues zu melden, da es herkömmlich ist, wichtige Ernennungen, Auszeichnungen u. s. w. erst zum Neujahrstage vorzunehmen. Mit besonderer Spannung wird der auf den nächsten Monat angesetzten Entscheidung über den Verkauf der Nikolaibahn entgegengesehen; die mit derselben betraute Commission besteht aus dem General-Adjutanten Grafen Strogonow, den Ministern des Krieges, der Finanzen, der öffentlichen Bauten und dem Fürsten Urussow, dem Chef der legislatorischen Abtheilung der kaiserlichen Kanzlei. — Durch ein neuerdings veröffentlichtes Reichsrathsgutachten ist ein eigenthümliches Schlaglicht auf die Beziehungen unserer Regierung zu dem jungen griechischen Königspaar geworfen worden: auf „Allerhöchsten Befehl" ist J. M. der Königin Olga ein Secretär zugetheilt worden, den der Kaiser ernannt hat und der sein Gehalt aus dem Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bezieht. — Schließlich muß ich Ihnen einen interessanten kleinen Beitrag zur Charakteristik unserer „reformirten" Rechtszustände mittheilen. Im Januar 1867 wurde in Nischnei-Nowgorod ein Diebstahl entdeckt, durch welchen der Krone für anderthalb Millionen Rub. S. Salz entwendet worden war. Nach einer in den hiesigen Zeitungen gedruckten Nachricht ist der mit der Untersuchung betrauten Commission von einer Anzahl namhafter Capitalisten jener Stadt der Vorschlag gemacht worden, gegen Erstattung des Schadens, das rechtliche Verfahren niederzuschlagen und den Schuldigen sofort seiner Haft zu entlassen! Dieser Schuldige ist der Präsident des Nischnei-Nowgoroder Cameralhofs (der Finanz- und Steuerbehörde), ein Mann, der schon zur Zeit seiner Amtsführung dadurch bekannt war, daß er mit einer Anzahl ihm befreundeter Kaufleute große Geldgeschäfte trieb, über welchen ein mysteriöses Dunkel schwebte. Und dergleichen wird öffentlich in den Zeitungen verhandelt!

Provinzial-Zeitung.

Kk. **Breslau**, 15. Januar. [Katholischer Lehrerverein.] Die Januarversammlung des katholischen Lehrervereins fand den 13., Abends 7 Uhr, statt. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls nahm der Vorsitzende, Schulen-Inspector Kliche, das Wort und forderte die Versammlung auf, dem Comite, welches das jüngst abgehaltene Stiftungsfest in so schöner und würdiger Weise arrangirt habe, den verdienten Dank des Vereins auszusprechen, was durch Erheben von den Plätzen geschieht. Hierauf folgte eine Reihe verschiedener Mittheilungen und geschäftlichen Angelegenheiten, nach deren Erledigung zum Hauptgegenstande der Tagesordnung: Vortrag des Taubstummenlehrers Hentschel über „die Erziehung und Entwickelung eines Taubstummen bis zum Eintritt in eine Taubstummenanstalt" übergegangen wurde. Der Vortragende sprach zuerst über den Taubstummenunterricht im Allgemeinen und über seine allmälige Einführung und Verbreitung in allen gebildeten Ländern. Man unterscheidet gegenwärtig 2 Hauptrichtungen: Die französische und die deutsche Schule. Die letztere ist aus der ersteren (älteren) hervorgegangen und ist ein Product der Bestrebungen sämmtlicher Taubstummenlehrer Deutschlands. Sie hat sich in der letzteren Zeit überall Achtung verschafft. Im Ganzen zählt man gegenwärtig gegen 400 Taubstummenanstalten. — Auf den Kern des Thema's eingehend, entwickelte der Vortragende nun die Ursachen des Taubstummseins (Geburtsübel, Krankheiten, namentlich Skropheln ꝛc.), die Beschaffenheit des Gemüths- und Geisteszustandes taubstummer Kinder und die erziehliche und bildende Einwirkung durch die Mutter. Die Bildungsorgane eines Taubstummen sind Auge und Gebehrde. Sie sind die Canäle, durch welche Vorstellung und Begriffe der Seele eines solchen Unglücklichen zugeführt werden. Die häusliche Erziehung brauche sie daher. Die künstliche Gebehrde wird erst in den Anstalten beigebracht und bildet dann eine Art Sprache, welche es den Lehrern möglich macht, den Schülern selbst von ganz abstracten Gegenständen ganz klare Vorstellungen beizubringen. Die günstigste Zeit zur Unterbringung taubstummer Kinder in eine Anstalt ist das 8. und 9. Lebensjahr. — Diesem interessanten Vortrage soll später ein zweiter, speciell über die Unterrichtsmethode in Taubstummenanstalten handelnder, folgen und an Schülern demonstrirt werden.

+ **Breslau**, 18. Jan. Die gestrige Zusammenkunft des Vereins für Poesie brachte eine Wiederholung der humoristischen Unterhaltung, welche vom letzten gemüthlichen Abend her sich noch in guter Erinnerung befand. Der witzigen und satyrischen Beiträge waren ungleich mehr als damals. Wir erwähnen unter andern „ein Viertelstündchen im Breslauer archäologischen Museum", worin der mit einem Kunstjünger sich unterhaltende Laokoon scharf und treffend die Künste und literarischen Verhältnisse Breslau's geißelt. Auch die darstellende Kunst hatte ihre Beiträge geliefert, und die Tableaus einer scharf schneidenden Hobelbank, gefertigt von Herrn Maunfeld, — der durch seine Aquarelle des Seitenbeutels sich bereits einen Namen erworben hat, — erregten ungemeine Heiterkeit. Ein unbändiger Zukunftsroman, der im Jahre 1968 auf dem völlig veränderten Belvedere oder Liebichshöhe spielt, und die zukünftigen Sitten und Gewohnheiten der Breslauer schildert, war gelungen sowohl in Erfindung als im Styl. Alles dies spielte sich unter der Firma einer Lessingfeier ab. Auch der Nothleidenden in Ostpreußen wurde gedacht. Fräulein Malwine Peisker hatte außerdem eine Anzahl Exemplare einer von ihr herausgegebenen Gedichtsammlung dem edlen Zwecke zur Verfügung gestellt. Der Ertrag soll dem literarischen Kränzchen zu Königsberg, zu Händen seines Vorsitzenden Herrn Obertribunalsrath Dr. Reusch zur Vertheilung überschickt werden.

—s. **Breslau**, 19. Jan. [Wissenschaftliche Vorträge.] Dem heute von Herrn Gymnasiallehrer Dr. Eitner im Musiksaale der Universität abgehaltenen Vortrage „über Gretchen aus Goethe's Faust" gegenüber befindet sich die gewöhnliche Berichterstattung nicht in der Lage, ihm durch Aufzählung der wichtigsten Punkte, welche von demselben berührt wurden, auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Es hieße vielmehr, die disjecta membra poetae noch obenein in der traurigsten Weise entstellen, wenn sich dieselbe nicht mit der dankbaren Anerkennung begnügen wollte, daß wir es hier mit einer Charakterschilderung zu thun hatten, für welche der Dichter des Faust sich dem Vortragenden gewiß nicht minder als wir verpflichtet gefühlt haben würde. Er würde mit Freuden gesehen haben, bis zu welchem Verständnisse der Kunst sich das deutsche Volk schon emporgearbeitet hat, da es über das abgeschmackte Bedauern, in dem „Faust" nicht ein bühnengerechtes Theaterstück zu besitzen, nun offenbar glücklich hinaus ist. Gewiß, denn er würde gesehen haben, daß eine sehr zahlreiche Versammlung der vom tiefsten Verständniß erfüllten Charakteristik einer einzelnen Hauptperson seiner unsterblichen Dichtung gerade dasselbe Interesse, wo nicht ein noch höheres, entgegenzubringen vermag, als es sonst der gelungensten Aufführung irgend eines als mustergiltig gepriesenen Drama's nur widmet. Er würde gesehen haben, daß gerade in solcher Vertiefung in die vom Dichter zur glücklichsten Lösung gebrachten Probleme das deutsche Volk schon seinen Hauptgenuß findet und daß es daher um die deutsche Kunst noch nicht schlecht stehen kann, da dieselbe, sobald sie nur selbst eine richtige Behandlung erfährt, auch gewiß noch ihr Publikum findet. Er würde sich, sagen wir endlich, nur freuen, daß auch in unserer Zeit, in welcher die Schauspielkunst allerdings zur Verderbung des guten Geschmacks wie zum völligen Ruin des poetischen Sinn's nachgerade genug gethan hat, doch jener heilige Ernst noch im Volke vorhanden ist, ohne welchen der Dichter nicht mehr darauf rechnen darf, daß seine göttliche Sendung begriffen und daß seinen herrlichsten Werken noch Anerkennung zu Theil werden möge. Daß wir im Goethe'schen Gretchen genau eine ebenso vollendete Darstellung des ewig weiblichen Wesens besitzen, als wir in Faust sie vom innersten Wesen des Mannes voll immer auf's Neue erhöhter Bewunderung begrüßen: das dürfte heute wohl Keinem von denen verborgen geblieben sein, welche dem trefflichen Vortrage, wir dürfen mit vollem Recht sagen: fast andachtsvoll lauschten. Ob damit die Absicht des Vortragenden glücklich erreicht ward? und ob er mit diesem der Wahrheit gemäßen Geständnisse sich reichlich belohnt fühlt? — Wir meinen, er selbst wird sich glücklich fühlen, indem er bemerkt, daß er wirklich verstanden ward und daß er in unserer Seele die Freude neu angeregt hat, von welcher die seine im Anblick von Gretchen's Erscheinung — sein heutiger Vortrag bezeugt's — stets von Grund aus erfüllt war.

ȣ **Breslau**, 18. Januar. [Gartenbau.] Nach Erledigung der geschäftlichen Vorlagen hielt der Vorsitzende Alexander Monhaupt der Jüngere einen Vortrag über den landwirthschaftlichen Charakter der deutschen Eiche (Quercus robur). Die deutsche Eiche ist ein Urbaum, in seinem Stamme fand der alte Deutsche seine Wohnung, unter seiner Wurzel entsprang der tränkende Quell, das Schiff, das den Seefahrer trug, die Lanze, die der Krieger schwang, alles gab die Eiche. Ein geheimnißvoller Cultus wurde ihr gewidmet, aus ihrem Rauschen tönten Stimmen der Zukunft und der ahnende Natursinn hat sie mit einem Immergrün von Sagen und Gesängen umwunden. Auf tief ausgreifender Wurzel erhebt sich in Mark und Fülle mit grandiosen Verkrümmungen ihr schwarzer, grotesker Stamm und als Baum der Stärke steigt in wildkühner Schönheit mit trotzigem Zickzack in herkulisch gegliederten Massen sein Geäst hoch hinauf als lege er sich aus zum zerschmetternden Streich. Das Laub der Eiche ist schildartig, glänzend und festgewebt und broncene Früchte zieren ihre dunkelgrüne mächtige Laubkrone, die sich von dem Azurblau des Himmels malerisch schön abhebt. Dieser Baum steht gern einzeln oder im Gemisch von anderen Laubarten, als wolle er sie ehrwürdig-feudal beherrschen. In den nordischen Tiefebenen auf saftgrünen Rasen tritt er gern zu plastisch schönen Gruppen zusammen, unter denen der Hirsch das stolze Geweih hebt und wo der klare Quell sprudelt. Aber in seinem ganzen Heroismus und in seiner Urwaldwildniß erscheint dieser tausendjährige Baum auf dem Rücken des Gebirges, wo er seine Wurzelanker tief in die Quaderwände hineinschlägt, als wolle er die Felsen spalten. Langsam aber riesengroß wächst er bis in die Wolkenstraße hinauf. Er ist der Alte vom Berge und seine tiefdurchrissene Rinde mit zottiger Mooshülle sind ihm ein Harnisch für Leib und Glieder und als riesiger Held freuet er sich, mit seinem zornig zuckenden knorrigen Geäst in der Wolkenschlacht mit Aeolus und seinem wilden Heere zu kämpfen. Die deutsche Eiche ist eine Sagenruine, an der der aufmerksame Denker die Marksteine der Geschichte zurückzählt. Sie ist der graue Wälderkönig, auf dem der Adler horstet und den der Held sich zum Bilde nimmt.

G. **Breslau**, 20. Jan. [Verein ohne Tendenz.] Der letzte Vereins-Abend brachte uns einen Vortrag über Otto den Großen. Der Vortragende entrollte ein Bild von diesem großen deutschen König, das durch seine lebendige Schilderung, populäre Ausführung und genaue Darstellung der damaligen Zeitumstände das Interesse der Versammlung in hohem Grade erregte. — Der Fragekasten war sehr gefüllt, kam jedoch nur unvollständig wegen vorgerückter Zeit zur Erledigung.

□ **Aus dem Eulengebirge**, 16. Januar. [Zur Tageschronik.] In unserem Districte, wo die Weberei und die damit zusammenhängenden Industriezweige den Haupterwerb der Bewohner abgeben, müssen wir uns angesichts der gegenwärtigen Handelsconjuncturen fragen, ob nicht auch bei uns, wie in Ostpreußen, ein Nothstand hereinzubrechen droht? Dieselbe Frage wirft eine Correspondenz in dem „Socialdemokraten" auf, und wir können nur bestätigen, daß die nächste Zukunft hier recht drohend aussieht. Viele Weber betreiben hier während der besseren Jahreszeit andere Beschäftigungen und wenden sich der Weberei nur im Winter zu. Der frühe

Eintritt des strengen Winters hat den Arbeiten im Freien mehr als sonst Einhalt gethan, und viele Weber, die bei Bauten u. dergl. beschäftigt waren, haben den Webstuhl schon zeitig aufsuchen müssen. Die Messen des Jahres 1867 und die Leipziger Neujahrsmesse diesen Jahres sind für unsere Fabrikanten unbefriedigend ausgefallen, und viel Waaren noch auf Lager geblieben. Es steht hiernach zu erwarten, daß in der nächsten Zukunft eine weitere Verminderung der Waaren-Production eintreten werde, die jetzt schon sogar erfolgt ist.

Die Fabrikanten haben bei allen Calamitäten der letzten Jahre in der großen Mehrzahl den Beweis geliefert, daß sie nach Kräften für die Arbeiter zu sorgen bestrebt sind, aber es giebt eine Grenze, über die auch der beste Wille nicht mehr hilft. — Jedenfalls liegt es aber im Interesse der Weber, sich in gutem Vernehmen mit den Arbeitsgebern zu erhalten. Dazu kann es nicht dienen, wenn der „Social-Demokrat" jede Differenz zwischen Fabrikant und Weber benutzt, um letztere als Märtyrer zu bezeichnen. In der letzten Nummer jenes Blattes ist wieder von dem social-demokratischen Agitator August Schnabel in Wüstewaltersdorf eine solche Streitigkeit zur Oeffentlichkeit gebracht und natürlich jede Schuld dem Arbeitgeber zugeschoben. Jedenfalls wird dem Weber dadurch nicht geholfen, vielmehr geschadet. Ist der Arbeitnehmer in seinem Rechte wirklich geschädigt, dann wird es viel besser sein, nöthigenfalls zur Wahrung seiner Interessen richterliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. — Nur durch gegenseitiges Entgegenkommen und Opferwilligkeit können die ungünstigen Verhältnisse der Jetztzeit überdauert werden.

⊙ **Waldenburg,** 15. Jan. [Tagesgeschichte.]*) An Vergütigungen für im Jahre 1866 den vaterländischen Truppen in Feindesland gestellten Vorspannfuhren sind aus der Staatskasse zur hiesigen Kreis-Communalkasse 8814 Thlr. 18 Sgr. 11 Pf. incl. 4 pCt. Zinsen gezahlt worden. Davon sind der Stadt Waldenburg nach Kreisblatt Nr. 2 nur 8 Thlr. 12 Sgr. 7 Pf. zugetheilt worden, womit die Stadtgemeinde (dem Verwaltungsberichte nach zu entnehmen) wegen der mehr gestellten Kriegsfuhren nicht zufrieden sein kann. — Auch in unserer Stadt ist man nunmehr sehr regsam, Beiträge und Liebesgaben zu sammeln, um mit zu helfen, die Noth in Ostpreußen zu lindern. Von mehrfachen Seiten sind Bitten um Spenden an die hiesigen Bewohner durch unsere Lokalblätter, wie durch Boten ergangen. Hierorts scheint in dieser Beziehung der „Waldenburger Zweigverein des vaterländischen Frauen-Vereins zu Berlin" die größere Thätigkeit zu entwickeln. Der hiesige Männer-Turnverein hat für diesen Nothstand 20 Thlr. bewilligt. Der Sängerbund gedenkt in Bälde ein Concert mit Theater zu diesem wohlthätigen Zwecke zu geben. Auch in der Umgegend beginnt man zu sammeln. So konnten durch den Herrn Director Ißmer vor wenigen Tagen an 190 Thlr., eine Sammlung unter den Beamten der Schwesterschächte, nach Ostpreußen gesandt werden, welcher Summe dem Vernehmen nach noch reiche Kohlenschätze folgen sollen. — An Stelle des zum königl. Kreis-Baumeister ernannten Herrn Sarrazin hierselbst hat der Baumeister Herr Beckmann in Kupferberg die weitere Leitung der hiesigen Bau-Abtheilung der Gebirgsbahn übernommen. — Die mit hiesiger Post vereinigte Telegraphen-Station soll in nächster Zeit aus hiesigem Postgebäude in das Seitengebäude des Herrn Photographen Leisner verlegt werden. — Gestern vor 8 Tagen wurden dem Knappschaftsarzt, Herrn Dr. Langer, Inhaber des „Rothen Adlerordens", Veteran aus den Freiheitskriegen, der schon 1863 sein 50jähriges Amtsjubiläum gefeiert, zu Ehren seines goldenen Ehejubiläums seitens der Verwandten, Gönner und vielen Freunde ganz besondere Aufmerksamkeiten zu Theil. Zwischen von Bergleuten gebildetem Spalier bewegte sich der Festzug nach der katholischen Pfarrkirche, woselbst ein feierliches Hochamt stattfand und der geistliche Rath, Herr Pfarrer Dierig, die Einsegnung des Ehepaares und die Ueberreichung eines von Ihrer Majestät der Königin-Wittwe huldvoll geschenkten Andachtsbuches vollzog.

*) Wir bitten die Briefe zu frankiren und uns das Porto in Rechnung zu stellen. D. Red.

Telegraphische Witterungsberichte vom 20. Januar.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	324,3	1,6	SW., mäßig.	Bedeckt, gest. Regen.
7	Königsberg	336,8	2,4	SW., s. stark.	Bedeckt, Regen.
6	Stettin	325,2	3,0	SW., stark.	Trübe.
—	Ratibor	321,3	0,0	S., schwach.	Wolkig.
—	Münster	324,7	3,8	SW., unruhig.	Trübe.
—	Trier	323,0	3,5	S., unruhig.	Trübe.
7	Flensburg	323,9	2,3	WSW., stark.	Bewölkt.
8	Paris	—	—	—	—
—	Haparanda	—	—	—	—
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	324,4	—3,3	SO., mäßig.	Bedeckt.
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	—	—	—	—
—	Skudesnäs	325,0	0,4	NW., stark.	Bewölkt.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 20. Jan. 10 U. Ab.	322,54	+2,4	W. 0.	Bedeckt.
21. Januar 6 U. Mrg.	324,13	+0,8	W. 1.	Bedeckt.

Breslau, 21. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 17 F. 3 Z. U.-P. 4 F. 8 Z. Eisstand.

Auswärtige amtliche Wasser-Rapporte.

Ratibor, 20. Jan., Nachm. 4 Uhr. Stand am Pegel 13 Fuß 4¾ Zoll. Die Eisdecke hat sich zwar gehoben, aber steht noch.

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau

Kopenhagen, 20. Jan. Aus zuverlässigster Quelle wird mitgetheilt, es sei niemals die Absicht gewesen, neben dem Kammerherrn Quaade noch einen Specialbevollmächtigten bei den Verhandlungen über Nordschleswig zu erneunen; dagegen ist der Professor Julius Larsen, früher Beamter im schleswigschen Ministerium in Kopenhagen, nach Berlin gesandt, um Herrn v. Quaade vorkommenden Falles Auskunft über schleswigsche lokale und administrative Verhältnisse zu geben, falls der dänische Gesandte im Laufe der Verhandlungen, namentlich bei der Garantiefrage, derselben bedürftig sein sollte.

An maßgebender Stelle weiß man nichts über angeblich von Amerika erhobene Schwierigkeiten anläßlich des Verkaufes der dänisch-westindischen Inseln.

In der heutigen Sitzung des Folkethings legte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Vertrag, betreffend die Abtretung von St. Thomas an die Vereinigten Staaten, vor. Das Folkething constituirte sich als geheimes Comite, um Mittheilung von den dem Vertragsschlusse vorausgegangenen vertrauten mündlichen Verhandlungen entgegen zu nehmen. Die Angelegenheit wird außerordentlich beschleunigt.

Florenz, 20. Januar. Deputirtenkammer. Der Finanzminister legte das Finanzexposé vor. Das Deficit für 1866 betrug, demselben zufolge, 168, für 1867, nach Abzug der aus dem Verkaufe der geistlichen Güter erzielten 30 Millionen, 223 Millionen Lire. Das Totaldeficit am Schlusse des Jahres beläuft sich auf 391 Millionen. Das Deficit für 1868 wird, abzüglich der für die verkauften Kirchengüter vorhergeschehenen Einzahlungen, 183 Millionen betragen. Hierzu treten 15 Procent Agio auf im Auslande zahlbare 230 Millionen und vom vorigen Jahre her uneinbringliche Zahlungen, welche das effective Totaldeficit am Schlusse des Jahres 1868 auf 630 Millionen heben werden. Stelle man diesem Deficit die schwebende Schuld, die Bankschuld und Schatzbons und die Summen gegenüber, welche der Staatsschatz aus der Bank zurückziehen kann, so ergeben sich 657 Millionen, abzüglich der 630 verbleiben mithin 27 Millionen Activrest. Die uneinbringlichen Schuldforderungen des laufenden Jahres, die bewegliche Steuer von 1868, welche wahrscheinlich erst 1869 eingebracht wird, und endlich die dem Staatsschatze nöthigen Fonds betragen 190 Millionen. Abzüglich der 27 Millionen verbleibt für 1869 mithin ein Deficit von 163 Millionen.

London, 20. Januar. Feuchtes Wetter.

Die „Times" enthält eine Depesche aus Wien, welche die Nachricht, daß Rußland am Pruth Truppenconcentrirungen vornehme, als grundlos bezeichnet.

Der Bremer Dampfer „Deutschland" ist aus Newyork in Southampton eingetroffen.

Aus Washington wird vom 6. d. M. per Dampfer gemeldet, daß im Repräsentantenhause der Antrag gestellt worden sei, das Papiergeld allmälig zu amortisiren und zwar, solle dieses zuerst mit einem Agio von 40 pCt. geschehen, später jedoch die Einlösung zum vollen Nennwerthe nach und nach eingeführt werden, wenn die Noten in Summen von weniger als 100 Dollars präsentirt werden. Der Antrag ist dem Bankausschusse zur Begutachtung überwiesen worden.

Der am Sonnabend von Southampton abgegangene nach Westindien bestimmte Dampfer hat des Sturmes halber in Plymouth einlaufen müssen und wird heute seine Reise fortsetzen. — Mit dem aus der Kapstadt eingetroffenen Dampfer ist ein Theil der zur Aufsuchung Livingstone's abgesandten Expedition zurückgekehrt. Die Expedition ist bis zu dem Punkte vorgedrungen, wo angeblich die Ermordung Livingstone's stattgefunden hatte und woselbst Eingeborne angetroffen wurden, die das Gepäck Livingstone's 5 Tagemärsche nach dem Innern zu weitergebracht hatten. — In der Kapstadt ist das Fieber im Abnehmen begriffen.

London, 20. Jan. Nach neuesten mit der Australischen Post eingelaufenen Nachrichten aus Melbourne, haben 28 Richter die Entscheidung gefällt, daß alle an die Regierung gemachten Zahlungen so lange gesetzwidrig seien, bis das Parlament eine Bestimmung über deren Verwendung getroffen habe.

Nach denselben Mittheilungen beabsichtigte der Herzog von Edinburg (Prinz Alfred von Großbritannien) am 4. Januar seine Reise nach Tasmania (Vandiemensland) fortzusetzen. (T. B. f. N.)

London, 20. Januar. Heute wurden zu Deptford drei Männer verhaftet, welche verschiedene Personen zum Fenianismus verleiteten und sie zu diesem Zwecke vereidigten. (T. B. f. N.)

Plymouth, 19. Jan. Der Dampfer „Colt" ist vom Cap der guten Hoffnung hier eingetroffen. Unter den Passagieren befinden sich vier Theilnehmer an der zur Aufsuchung Livingstone's ausgesandten Expedition, welche es als ihre Ueberzeugung aussprechen, daß Livingstone nicht ermordet ist. Sie vermuthen, daß derselbe einen anderen Weg als den ursprünglich beabsichtigten eingeschlagen habe. Diese Mittheilungen hätten sie von Eingeborenen empfangen, welche Levingstone's Gepäckträger während fünf Tagereisen jenseit Maranga gewesen wären, nnd sich dann geweigert hätten, dem Reisenden weiter zu folgen, indem sie Gewaltthaten von der Bevölkerung befürchteten. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 20. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Rente matt, da man eine Anleihe als sicher betrachtet. Consols von Mittags 1 Uhr waren 92⅞ gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 67½—68, 57½. Italienische 5proc. Rente 43, 15. Oesterr. Staatseisenbahn-Actien 511, 25. Credit-Mobil.-Actien 168, 75. Lomb. Eisenb.-Actien 338, 75. Oesterreich. Anleihe von 1865 336, 25. 6proc. Ver.-St.-Anl. pr. 1882 (ungest.) 81½.

London, 20. Januar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course. Consols 92 15/16. 1proc. Spanier 35 3/16. Italienische 5proc Rente 43 3/16. Lombarden 13 9/16. Mexicaner 15¼. 5% Russen 87⅛. Neue Russen 86⅝. Silber 60⅜. Türkische Anleihe von 1865 30 9/16. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pro 1882 72. — Zucker flau. Kaffee loco stetig.

Der Dampfer „Atrato" ist heute nach Westindien abgegangen.

Frankfurt a. M., 20. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 99. Oesterr. National-Anleihe 53⅝. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76¼. Hessische Ludwigsbahn 128¼. Baierische Prämien-Anleihe 99¾. 1854er Loose 60⅝. 1860er Loose 70¾. 1864er Loose 76½. — Sehr fest und animirt. Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 184¼, Staatsbahn 242⅜. Fest.

Frankfurt a. M., 20. Jan., Abends. [Effecten-Societät.] Fest und lebhaft. Amerikaner 76¼. Creditactien 184½. Steuerfreie Anleihe 48¼. 1860er Loose 70 9/16. National-Anleihe 53 7/16. 5% Anleihe de 1859 59¾. Staatsbahn 242½.

Wien, 20. Jan. [Abend-Börse.] Credit-Actien 185, 70. Staatsbahn 244, 00. 1860er Loose 82, 80. 1864er Loose 76, 75. Steuerfreie Anleihe —, —. Napoleonsd'or 9, 55½. — Angenehmer, lebhaftes Geschäft.

Hamburg, 20. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¼. National-Anleihe 55. Oesterr. Credit-Actien 78⅛. Oesterreichische 1860er Loose 69¾. Staatsbahn 509. Lombarden 333½. Italien. Rente 42⅞. Vereinsbank 110⅞. Nord-deutsche Bank 119⅜. Rheinische Bahn 114⅞. Nordbahn 94⅝. Altona-Kiel 122¾. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 96. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 94⅝. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69⅝. Disconto 1½ pCt. — Steigend.

Hamburg, 20. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco recht fest. Weizen auf Termine fest, Roggen auf Termine 2 Thlr. höher. Weizen per Januar 5400 Pfund netto 176 Bankothaler Br., 175 Gd., per Jan.-Febr. 176 Br., 175 Gd., per Frühjahr 175 Br. und Gd. Roggen per Jan. 5000 Pfd. Brutto 137½ Br., 136½ Gd., per Jan.-Februar 136½ Br., 135½ Gd., per Frühjahr 135 Br. u. Gd. Hafer mehr beachtet. Rüböl ohne Kauflust, loco 22⅛, per Mai 22¾. Spiritus ohne Kauflust, 28½. Kaffee matt. Zink fest. — Regenwetter.

Antwerpen, 20. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Fest. Raffin Type weiß, loco und per Jan. 44½ bez.

Bremen, 20. Jan. Petroleum, Standard white loco 5½.

Liverpool, 20. Januar, Nachm. Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. Guter Markt bei sehr hohen Forderungen. New-Orleans 8⅛. Georgia 7⅞. Fair Dhollerah 6¼. Middling fair Dhollerah 6. Good middling Dhollerah 5¾. Bengal 5. Good fair Bengal 5½. Fine Bengal —. New fair Domra 6⅜. Fair Domra —. Good fair Domra 6⅝. Pernam 7⅞. Egyptian —. Smyrna 6½.

Paris, 20. Jan., Nachmitt. Rüböl pr. Januar 91, 75, pr. Mai-August 92, 50, pr. September-December 92, 00. Mehl pr. Januar 87, 75, pr. März-April 85, 75. Spiritus pr. Januar 65, 00.

London, 20. Jan., Mittags. Getreidemarkt (Anfangsbericht). Total-Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 41,149, Gerste 7136, Hafer 17,308 Quarters. Mehl 21,896 Sack, 12,556 Faß. Davon fremde Zufuhren: Weizen 37,865, Gerste 3757, Hafer 11,978 Quarters. Mehl 2907 Sack, 12,556 Faß. Weizen englischer stetig; Ladungen fest gehalten. Mehl fest. Gerste unverändert. Hafer stetig. Talg 43¾. Leinöl ab Hull loco 33¾. — Wetter wolkig.

London, 20. Jan., Nachmitt. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen wirklich guter englischer 1 Sh. höher, jedoch meist schlechte Qualität am Markte; fremder zu äußersten Preisen gefragter. Gerste, Bohnen, Erbsen unverändert. Hafer schleppend. Von schottischen Landmärkten war „feste Haltung" gemeldet. — Schönes Wetter.

London, 20. Januar, Abends. Eine Ladung Havanna-Zucker Nr. 13 wurde zu 243 verkauft. Thee fest. Zink ruhig, Kupfer besser. Nach Reis mehr Nachfrage. Rüböl 34½.

Amsterdam, 20. Januar, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen und Roggen stille auf Termine fest. Roggen pr. März 305½, pro Mai 306½. Rüböl pr. Mai 35¾, pr. November-December 37.

London, 20. Januar, Nachm. [Viehmarkt.] Von Hornvieh waren 3360 Stück, von Schafen 13,420 Stück am Markte. Hornviehhandel sehr schleppend, eher flauer, englische Zufuhren stark. Für Schafe lebhaftes Geschäft, englische und fremde Zufuhren klein. Preise pr. 8 Pfd.: für Hornvieh 3 Sh. 3 D. bis 4 Sh. 4 D., für Schafe 4 Sh. 2 D. bis 4 Sh. 8 D. Schweine 3 Sh. bis 3 Sh. 8 D.

New-Orleans, 17. Jan. (Pr. atlantisches Kabel.) (Baumwollbericht von Prehn u. Comp.) Middling Orleans 6⅞ D., loco 6 11/12 D., good ordinary 6½ D. brutto pr. Segelschiff nach Liverpool. Vorrath klein.

Newyork, 19. Januar, Abends. (Per atlantisches Kabel.) [Wöchentlicher Baumwoll-Bericht.] (Von Neil Brothers.) Preis von middling in New-Orleans 16¼ c. Preis von middling in Mobile 15½ C. Preis von middling Upland in Newyork 17 C.

Newyork, 20. Jan., Abends. (Per atlant. Kabel.) Wechsel auf London in Gold 109⅝. Goldagio 39⅛. Bonds 110⅛. 1885er Bonds 108⅜. 1904er Bonds 102⅞. Illinois 131½. Eriebahn 75⅛. Baumwolle 17½. Petroleum raffinirt, Type weiß 24½.

Der Dampfer „Weser" ist Sonntag 7 Uhr Nachmittags eingetroffen.

Bombay, 16. Januar. (Bericht von Bomanjee, Touche u. Co.) Bedeutende Baumwollenverkäufe. Domra auf Februar-Lieferung 135 bis 140 R.

Bombay, 17. Januar. (Per atlantisches Kabel.) Baumwollenbericht. (Von Gaddum u. Comp.) New-Domra 5⅜ D. Sawginned Dharwar 5⅜ D. inclusive. „Cost, Fracht und Assekuranz" nach Liverpool.

Newyork, 19. Januar. (Per atlantisches Kabel.) Die südlichen Baumwollenmärkte schlossen gestern ¼ billiger.

Der Wasserstand sämmtlicher Flüsse ist ein fortdauernd niedriger.

Berlin, 20. Jan. Die günstige Disposition der Börse, welche auch im gestrigen Privatverkehr keine Unterbrechung gefunden hatte, hielt heute ungeschwächt vor und kam in ungetheilter Weise sowohl den Speculationspapieren wie den Eisenbahnactien und Fonds zu Gute. Von fremden Bahnen weisen indeß nur Franzosen eine namhaftere Courssteigerung bei lebhaften Umsätzen auf, Lombarden waren wenig besser, Galizier drückten sich um fast 1 pCt., Oesterreich. Credit bei gutem Verkehr, nur anfänglich etwas theurer. Ein wenig anziehend verkehrten Italiener, die Umsätze darin waren nicht unbeträchtlich, ebenso in Amerikanern zur besseren Sonnabendnotiz. Auch Bad. Präm.-Anl. erhielt sich beliebt; österr. wie russ. Fonds zeigten sich durchaus preishaltend, 1864er und 9. Anleihe waren höher zu lassen, Liquid.-Pfandbriefe zogen unbedeutend an. Von Eisenbahnen blieben Berg., Rhein. und Oberschles. in der Gunst der Börse, vor Allem aber bevorzugte diese heute Mainzer, für welche Abgeber wesentlich mehr forderten; auch Halberst. Lit. B. und Thüringer Lit. B. kamen in mehreren Posten zum Umsatz. Zweigbahn hob sich wesentlich. Auch Märk.-Pos., Nordh.-Erfurter und Coseler Stamm-Prior. fanden mehrfach Beachtung. Weniger war dies heute bei den russ. Prior. der Fall, während für verschiedene inländische Begehr hervortrat; speculative Thätigkeit fixirte für Fünfkirchener Silber-Prior. heute den Cours auf 68½—69½; neu führte man Franz-Joseph-Prior. zum Course von 73½ ein. Von Banken sind Darmst. gefragt und etwas höher, auch Disconto-Commandit zog abermals an, Norddeutsche wurden 2 pCt. besser bezahlt, Moldauer gingen weiter zurück. Preußische Staatspapiere behauptet, 5proc. Anleihe stieg ¼. Ueber die starke Betheiligung an der neuern 4½proctg. Anleihe bemerkten wir Näheres in der heutigen Zeitung. — Aquarium 101 bez. — Prämie für Amerikaner per ult. Februar 77½—1, per ult. März 77¾—1¼. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 20. Januar 1868.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	96 G.
Staats-Anl. von 1859	5	103½ bz.
dito 1854.55.57	4½	96 bz. u. G.
dito 1859	4½	96 bz. u. G.
dito 1856	4½	96¼ G.
dito 1864	4½	96 bz. u. G.
dito 1867	4½	96 bz. u. G.
dito 1850/52	4	89¾ bz.
dito 1853	4	89¾ bz.
dito 1862	4	89¾ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115½ B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96¼ bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	76⅞ B.
Pommersche	3½	76⅝ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	85 bz. u. G.
Schlesische	3½	83½ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90¼ bz.
Pommersche	4	90½ bz.
Posensche	4	89 bz.
Preussische	4	89 B.
Westph. u. Rhein.	4	92½ G.
Sächsische	4	90¾ B.
Schlesische	4	90½ G.
Louisd'or 112¾ bz.		Oest. Bk. 85⅝ bz.
Goldk. 9. 10 G.		Poln.Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	47¾ G.
dito Nat.-Anl.	5	55¼ bz.
dito Lot.-A.v.60	5	70½ bz.
dito dito 64	—	43½ B.
dito 54er Pr.-A.	4	61½ B.
dito Eisenb.-L.	—	71½ B.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	43½ à ⅝ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	85⅞ bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	63½ etw. bz.
Poln.Pfandbr. III.Em.	4	57⅞ B.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	49⅛ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95½ etw. bz.
dito à 300 Fl.	5	91¾ bz.
Kurhess.40 Thlr. Obl.	—	53⅜ bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29¼ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	77 bz. u. B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	96¼ G.
dito II.	4½	95½ G.
dito IV.	4½	93¼ B.
dito III. v. St. 3¼ g.	3½	76½ bz.
Cöln-Minden	4½	97½ B.
dito II.	5	102 bz.
dito	4	— — —
dito III.	4	83¼ B.
dito	4½	94⅜ G.
dito IV.	4	83½ B.
dito V.	4	83 bz. u. B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	— — —
dito III. Em.	4	86½ G.
dito IV. Em.	4½	85½ bz.
Gal. Ludwigsb.	5	80¼ G.n.75⅜ B
Niederschl.-Märk.	4	87½ G.
dito conv.	4	88 B.
dito III.	4	86⅜ bz.
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100½ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77⅜ G.
dito C.	4	85⅜ G.
dito D.	4	85⅜ G.
dito E.	3½	77⅜ bz. u. G.
dito F.	4½	93¼ bz. u. G.
dito G.	4½	92¾ B.
Oesterr.-Franz.	3	260 bz. u. G.
Oesterr. südl. St.-B.	3	209 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	96½ B.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	93¼ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	29½ G.
Amsterd. Rottd.	7¼	4¾	4	100 bz. u. B.
Berg.-Märkische	9	8	4	136½ bz.
Berlin-Anhalt	13	13¼	4	211¾ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	79½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97¼ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	160 B.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	16	4	202 b.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137½ bz.
Böhm.-Westb.	—	5	5	61⅞ bz.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	118½ bz.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	136⅝ bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅛	4	77¼ à ½ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85¼ bz.
dito dito	—	5	5	90 etw. bz.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	83 bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅔	4	150¼ B.
Magd.-Halberst.	15	—	4	170 bz.
Magd.-Leipzig	20	—	4	203 etw bz.u.B.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	125¼ à 126¾ bz.
Mecklenburger	3	3	4	75¾ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	91 B.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	88¼ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	77 bz.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	185½ bz.
dito B.	11⅔	12	3½	164½ G.
dito C.	11⅔	12	3½	185½ bz.
Oest.-Fr. St-B.	5	—	5	137¾ à 38 à 37¾ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	90½ à ¾ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73⅞ bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	74 bz. u. B.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	87½ bz. u. G.
Rheinische	7	—	4	116 bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	30¾ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93¼ bz.
Thüringer	—	—	4	128¼ B.
Warschau-Wien	8½	—	5	58½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	158 B.
Braunschw. B.	—	0	4	96 G.
Bremer Bank	6½	8	4	112½ G. 110 bz.
Danziger Bank	7 3/10	8	4	107 G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	96 B
Geraer Bank	7⅝	7⅜	4	99 G.
Gothaer „	7½	5	4	89 etw. bz.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	78½ bz. u. G.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	118 G.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	111 B.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111 G.
Luxemburger B.	6	6	4	78¾ B.
Magdeburger B.	5½	5	4	89 G.
Posener Bank	6½	7½	4	99¼ bz.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	152¼ etw.bz.u.B
Thüringer Bank	4	4	4	64 etw.bz.u.G.
Weimar	6½	4¼	4	81¾ G.
——				
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	109¼ bz.
Coburg. Credb.A.	8½	4	4	70 B.
Darmstädter „	8½	6½	4	81 bz.
Dessauer „	—	0	—	2¼ etw. bz.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	108¾ bz. u. G.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	22¼ bz.
Leipziger „	4	—	4	87 G.
Meininger „	7	—	4	89¾ bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	17 bz.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	79 à 78⅞ bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	111¾ B.
——				
Minerva	1	—	5	33½ G.
Frb.v.Eisenbdf.	5½	10	5	128 etw. bz.

Berlin, 20. Januar. Weizen loco 89—106 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 77—80pfd. 75¾—77 Thlr. pro 2000 Pfund bez. — Rüböl loco 10¼ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19 19/24—⅚ Thlr. bez., pro Januar und Jan.-Febr. 19⅚—20 1/24 Thlr. bez., Febr.-März 19 11/12—20 1/24 Thlr. bez., April-Mai 20¼—½—11/24 Thlr. bez., Mai-Juni 20⅚—21 1/12—21 Thlr. bez.

Breslau, 21. Januar. Am heutigen Markte blieb für Getreide feste Stimmung vorherrschend, bei derselben war auch die Kauflust lebhafter und steigerten sich Preise neuerdings.

Weizen war beachtet, pr. 84 Pfund schlesischer weißer 105 bis 118 Sgr., gelber 104—116 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen gefragt, pr. 84 Pfund 90—91 Sgr., feinste Sorte 92 Sgr. bezahlt. — Gerste sehr fest, pr. 74 Pfund gelbe 57 bis 60 Sgr., helle 62—65 Sgr., weiße 66—68 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, begehrt, pr. 50 Pfund 41—42 Sgr., feinste Sorte 43 Sgr. bezahlt. — Erbsen schwach beachtet. — Wicken beachtet, pr. 90 Pfd. 60—65 Sgr. — Oelsaaten fester. — Lupinen mehr angeboten, pr. 50 Pfd. gelbe 44—47 Sgr., blaue 42—45 Sgr. — Bohnen mehr angeboten, pr. 90 Pfd. 90—96 Sgr. — Schlaglein preishaltend. — Rapskuchen mehr beachtet, 62—64 Sgr. pr. Ctnr. — Mais (Kukuruz) 76—81 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schffl.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	106—115—120	Schlag-Leinsaat	175—190—200
Gelber Weizen	105—111—117	Winter-Raps	174—184—194
Roggen	90—91—92	Winter-Rübsen	160—170—180
Gerste	57—63—68	Sommer-Rübsen	145—158—165
Hafer	40—42—43	Leindotter	145—150—162
Erbsen	70—75—80		

Kleesaat, rothe preishaltend, 12¾—13¾—14¾ Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, weiße begehrt, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 8½—9½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¼—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.